



LANDTAGS NACHRICHTEN

28. Januar

1 / 2016

www.landtag-mv.de



+++ Aktuelle Stunde zum neuen Länderfinanzausgleich +++ Doppelhaushalt 2016/2017 beschlossen +++ Pflegeberufe in Mecklenburg-Vorpommern +++ Leitbild für „Gemeinde der Zukunft“ +++ Kinderklinik in Wolgast +++ Baustelle Schloss – Interview mit der Landtagspräsidentin zu den Bauvorhaben 2016 +++



Titelfoto (Cornelius Kettler): Endlich doch noch Winter am Schweriner Schloss.

3	Gastkolumne	Sylvia Bleßmann (ZDF) zur Demonstrations- und Diskussionskultur in Deutschland
4 – 25	AUS DEM PLENUM	
4 – 5	Aktuelle Stunde	Neuordnung des Länderfinanzausgleichs und dessen Bedeutung für M-V
6 – 23	Berichte	Generaldebatte und Beschlussfassung zum Doppelhaushalt 2016/2017 Positionen der Landtagsfraktionen zum Doppelhaushalt 2016/2017 Aussprache zur Situation der Pflegeberufe in Mecklenburg-Vorpommern Aussprache zur Sicherstellung einer gut erreichbaren, qualitativ hochwertigen und patientengerechten Krankenhausversorgung in M-V Gesetz zur Einführung eines Leitbildes „Gemeinde der Zukunft“ und zur Änderung Finanzausgleichsgesetz Kinderstation und Geburtshilfe am Standort Wolgast Verschlechterung des Bahnangebotes abwenden
24 – 25	Weitere Beschlüsse	Vergabegesetz Schulgesetz Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetz Dauergrünlanderhaltungsgesetz Volksinitiative Windräder Beamtengesetz Standarderprobungsgesetz Rundfunkänderungsstaatsvertrag Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik Immunitätsangelegenheiten
26 – 27	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	<i>Bildungsausschuss:</i> Besuch im Überregionalen Förderzentrum Neukloster <i>Finanzausschuss:</i> Unterrichtungsfahrt nach Rostock und Greifswald <i>Agrarausschuss und Wirtschaftsausschuss:</i> Besuch der Länderhalle M-V auf der Grünen Woche in Berlin
28 – 31	PANORAMA	Sternsinger-Empfang im Landtag Baumaßnahmen 2016 im Schloss: Interview mit Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider
32	CHRONIK	

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
- Öffentlichkeitsarbeit -
Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:

Referat Öffentlichkeitsarbeit,
Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker,
www.uwe-sinnecker.de

Druck: produktionsbüro TINUS
Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

Haltung zeigen – trotz Hass und Häme

„Lügenpresse“ rufen Menschen vor dem Schweriner Theater. „Lügenpresse“ – immer wieder und immer lauter. Die Stimmung ist aggressiv. Wir werden beschimpft, angepöbelt, bedrängt. Dieser zunehmende Hass, die Wut in den Gesichtern der Menschen entsetzt mich. Ich will berichten und fühle mich gleichzeitig als Angriffsziel. Angst ist nicht das richtige Wort, aber wir Journalisten haben unser Verhalten verändert. Wir sind wachsamer geworden, überlegen uns sehr genau, ob wir mit der Kamera in einen Demonstrationsschutz hineingehen. Eine ständige Präsenz von Personenschützern in Zivil in der Nähe unseres Teams lehne ich ab. Doch freie Berichterstattung sieht anders aus.

Die Polizei muss Bürger bei der Ausübung ihrer freien Meinungsäußerung schützen, aber auch der Veranstalter sollte die gefahrlose, freie Berichterstattung gewährleisten. Aggressivität, Steinwürfe bei Naziaufmärschen sind wir im Nordosten seit langem gewohnt, aber nun ist nicht mehr genau zu erkennen, wer alles auf den Demonstrationen der empörten Bürger mitläuft, und sehr schlecht abzuschätzen, in welche Situation wir beim Ausüben unserer Arbeit geraten können.

Seit der Wende habe ich eine derart aufgeheizte politische Stimmung nicht erlebt. Der Ort von Debatten hat sich erneut auf die Straße, ja und auch in soziale Netzwerke verlagert. Jede Art von Stammtischdiskussion kann sich – oft ohne erkennbaren Absender – im Netz öffentlich machen.

„ Da hat sich was verändert
in der Diskussionskultur
der Deutschen. „

Der Riss der Meinung über die „Systempresse“ geht quer durch Freundeskreise und Familien. Allein die Nähe, der Zugang zu den Mächtigen im Land macht uns verdächtig in einer Zeit, wo sich viele Menschen nicht mehr gehört fühlen. Da hat sich was verändert in der Diskussionskultur der Deutschen. Viel Häme, Verbitterung ist erkennbar bei all jenen, die noch irgendeine Rechnung mit dem Staat, mit diesem demokratischen System offen haben.



Foto ZDF

Sylvia Bleßmann leitet seit 2007 das ZDF-Landesstudio Mecklenburg-Vorpommern. Für den Mainzer Sender ist sie seit 1999 im Nordosten tätig. Zuvor arbeitete die gebürtige Brandenburgerin für verschiedene regionale wie bundesweite TV- und Radiostationen.

Dem wachsenden Misstrauen, der Verachtung gegenüber der Presse müssen wir uns stellen. Bereits verlorenes Vertrauen kann kaum zurückgewonnen werden. Wir können dem nur durch einwandfreie journalistische Arbeit begegnen. Informationen nicht verschleppen. Transparenz zeigen, dem Eindruck entgegenwirken, dass Meinung gelenkt wird, uns nicht von der Realität abkoppeln. Der kritische Ansatz gegenüber allen gesellschaftlichen Prozessen bleibt unser Auftrag.

Denn die Medien sind mächtig. Viele stört es, mit welchem Ton, mit welcher Haltung wir berichten, wie schnell oder wie zögerlich wir urteilen. Fakten müssen transportiert werden, aber auch reine Faktenberichterstattung erzielt eine Wirkung, die Meinung bildet.

Eine Haltung zu haben, steht für mich nie im Widerspruch zur journalistischen Arbeit. Bei keinem Thema und schon gar nicht, wenn es um Menschenrechte geht. Der Druck ist enorm – dieses Wahljahr stellt die demokratischen Parteien und die Presse vor lange nicht erfahrene Herausforderungen. Geschickt knüpfen enttäuschte Bürger an Wendegefühle der Ostdeutschen an. Aber Meinungsfreiheit meint eben nicht, hasserfüllte Stimmen unkommentiert zu senden.

„Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“ – diese wieder aufflackernde Haltung kenne ich noch sehr gut. Sie baut erst Mauern in den Köpfen und dann um ein ganzes Land.

Sylvia Bleßmann

Bringt der neue Länderfinanzausgleich Mecklenburg-Vorpommern voran?

Landtag debattierte in der Aktuellen Stunde über die Reformvorschläge der Länder

Die Ministerpräsidenten der 16 Bundesländer haben sich darauf verständigt, den Länderfinanzausgleich neu zu strukturieren. Die Finanzbeziehungen von Bund und Ländern müssen neu geordnet werden, da 2019 der Länderfinanzausgleich und der „Solidarpakt II“ auslaufen. Nach fast zweijähriger Verhandlungszeit haben sich die Länderchefs Anfang Dezember auf die Eckpunkte der Reform geeinigt. Die SPD-Landtagsfraktion nahm das zum Anlass, die Finanzreform zum Thema der Aktuellen Stunde zu machen. Neben der Koalition lobten auch die Linken den Reformentwurf der Länder. Grüne und NPD sehen ihn kritisch. Ob der Bund den Ländern ab 2020 tatsächlich jährliche Ausgleichszahlungen von bis zu 9,7 Milliarden Euro zahlt, ist aber noch unklar. Er hat sich noch nicht dazu geäußert.

Fotos: Uwe Sinnecker



Tilo Gundlack (SPD)

Tilo Gundlack (SPD) gratulierte Ministerpräsident Erwin Sselling und Finanzministerin Heike Polzin. Beide hätten „unendliche Geduld, gute Argumentationsfähigkeit und Beharrungsvermögen bewiesen“, um im Zusammenspiel aller Länderinteressen „zu einem guten Ergebnis für unser Land zu kommen“, klopfte er ihnen verbal auf die Schulter. Durch den Länderfinanzausgleich könne M-V ab 2020 mit 358 Millionen Euro pro Jahr vom Bund rechnen. Mit den Änderungen werde der Länderfinanzausgleich insgesamt einfacher, transparenter und gerechter: So falle der komplizierte Umsatzsteuervorausgleich weg, und kommunale Finanzschwächen würden stärker berücksichtigt. „Ein ganz wesentlicher Punkt, um den unsere Finanzministerin und unser Ministerpräsident hartnäckig gekämpft haben“, hob Gundlack hervor. Künftig werde bei der Berechnung der Finanzkraft eines Landes die kommunale Finanzkraft zu 75 Prozent eingerechnet (bisher 65 Prozent). Die Neuordnung böte M-V die Chance, sich weiter „positiv zu gestalten“. „Das Jahr 2020 kann kommen, wir sind bereit.“

„Ich freue mich, dass wir einen Kompromiss gefunden haben, dem alle Länder in Ost und West zustimmen“, sagte Ministerpräsident **Erwin Sselling**. Die Vorschläge seien „ein Meilenstein“, lösten sie doch ein „altes, sehr kompliziertes System“ ab. Im Ergebnis stünde kein Land finanziell schlechter da als bisher. Für M-V bedeute das ab 2020 jährlich voraussichtlich rund 358 Millionen Euro mehr als aus dem bisherigen System des Länderfinanzausgleichs. Damit erhalte das Land im bundesweiten Pro-Kopf-Vergleich die höchste Summe. M-V deshalb als den großen Gewinner zu bezeichnen, halte er



Ministerpräsident Erwin Sselling

jedoch für übertrieben. Schließlich laufe 2020 der Solidarpakt aus, der dem Land bislang erhebliche Zusatzbeträge sichere. Sselling betonte, das Ergebnis für M-V im Laufe der Verhandlungen allem Gegenwind zum Trotz fast verdoppelt zu haben. Dass der Bund die vorgelegten Vorschläge nun noch prüfen müsse, sei verständlich. „Denn wir haben ein bisschen mehr Geld unter den Ländern verteilt, als uns der Bund vorher zugesagt hatte.“ Da werde sich der Bund nach Auffassung von Sselling noch einmal bewegen müssen.



Jeannine Rösler (DIE LINKE)

Auch **Jeannine Rösler** (DIE LINKE) sah keinen Grund, das bisherige Verhandlungsergebnis zu kritisieren. „Wir werden aber auf das Schulterklopfen verzichten.“ Das sei schließlich nicht Sache der Opposition. Ihre Fraktion erkenne an, dass sich der Ministerpräsident und die Finanzministerin um ein gutes Ergebnis für M-V bemüht hätten. „Aber das ist ja auch ihre Aufgabe.“ Es sei höchste Zeit für Veränderungen gewesen. „Fragen Sie doch einmal Menschen in einer Fußgängerzone nach Schlagworten wie ‚horizontaler und verti-

„kaler Finanzausgleich', 'Umsatzsteuervorwegausgleich' oder 'Ausgleichsmesszahl'. Der ein oder andere wird denken, Sie kommen von der Steuerfahndung oder vom Eichamt.“ Ob der neue Finanzausgleich tatsächlich „transparenter und gerechter“ werde, bleibe abzuwarten. Im Grunde bleibe es ein „Gezerre an ein und derselben Decke“ „Aber wird die Decke dadurch größer?“, fragte Rösler. Politik müsse endlich da ansetzen, wo es dringend geboten sei – „bei der Umverteilung des Reichtums“. „Was ist mit der Wiedereinführung der Vermögensteuer? Was mit der Anhebung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer? Was mit der wirklichen Eindämmung spekulativer Finanzgeschäfte?“, zählte sie auf. Von Verteilungsgerechtigkeit, die mehr umfasse als den Kompromiss zu den Bund-Länder-Finanzbeziehungen, sei Deutschland noch weit entfernt.

Wolf-Dieter Ringguth (CDU) schloss sich im Namen seiner Fraktion „vorbehaltslos“ den Glückwünschen der SPD an. Die Einigung der Ministerpräsidenten nannte er einen „Meilenstein“. Dies sei lange nicht zu erwarten gewesen, „weil sich entweder mal neue und alte Bundesländer gegenüberstanden, mal die Stadtstaaten gegenüber den Flächenländern, mal einfach Bayern und der Rest der Welt und mal der Norden gegenüber dem Süden“.



Wolf-Dieter Ringguth (CDU)

Bei allem Lob zeigte sich Ringguth aber auch verwundert über das Thema der Aktuellen Stunde. „Es ist für mich ungewöhnlich, sich hier über ein Verhandlungs-Zwischenergebnis zu unterhalten“, schließlich fehle noch die Zustimmung des Bundes. „Wer Frau Merkel kennt, weiß, dass noch lange und sehr zähe Verhandlungen kommen können.“ Eine isolierte Betrachtung des Länderfinanzausgleichs sage für ihn zudem nicht viel darüber aus, „wo wir 2020 wirklich stehen werden“. Man brauche aber „keine hellseherischen Fähigkeiten“, um vorherzusehen, dass M-V nach 2020 weiterhin Geld von außen brauche werde. Darauf gebe das Verhandlungsergebnis, so erfreulich es auch sei, „keine abschließenden Antworten“.

Vom Bund mehr Geld zu verlangen, sei „ein frommer Weihnachtswunsch“, sagte **Michael Andrejewski** (NPD). Der Kompromiss der Länder sei kein „Reformmodell“, sondern bestenfalls ein „Änderungsmodell“, mit dem „die heute herrschenden Missstände“ bestehen blieben. Seiner Ansicht nach könnten „schlecht wirtschaftende, hemmungslos Schulden machende Länder wie Bremen oder Berlin weitermachen wie bisher“ und würden dafür auch noch belohnt. „Warum soll eigentlich, wie in den USA, ein Bundesstaat

nicht pleitegehen können?“, fragte er. Der Föderalismus in der Bundesrepublik sei verkorkt und bedürfe dringend einer Reform, so Andrejewski. „Die kann aber nicht lauten: mehr Geld vom Bund.“ In dieser Denkweise würden die Länder vergessen, dass sie selbst Teil des Bundes seien.



Michael Andrejewski (NPD)

Er regte an, Steuererhebungen zur Sache des Bundes zu machen. „Dann würden in vernünftigen Abständen Betriebsprüfungen möglich sein, es würden genug Steuerfahnder eingestellt werden, und man hätte Milliarden, die man in die Länder verteilen könnte, die die ausgeben könnten.“

„Verlangen Sie jetzt nicht von mir, in den Lobgesang von SPD, CDU und Linke einzustimmen“, begann **Johannes Saalfeld** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) seine Rede. Als Vertreter der Opposition müsse er den Finger in die Wunde legen. „Aus unserer Sicht sind die ostdeutschen Bundesländer über den Tisch gezogen worden, denn der für den Osten so wichtige Solidarpakt ist vollständig weggefallen.“ Da hätten sich die westdeutschen Länder durchgesetzt. Schlussendlich stünden M-V ab 2020 rund 256 Millionen Euro weniger zur Verfügung als bislang.



Johannes Saalfeld (B' 90/DIE GRÜNEN)

Der Pro-Kopf-Vergleich der Länderzuweisungen ist seiner Meinung nach nicht der entscheidende Maßstab. „Es geht nicht darum, alles gleich zu verteilen“, betonte er. „Es geht darum, Strukturschwächen auszugleichen.“ Deshalb sei der Blick auf die Einnahmen pro Fläche wichtiger. „Hier ist der Länderfinanzausgleich kein großer Wurf für uns“, gehöre M-V doch zu den drei Bundesländern, die am wenigsten bekämen. Dass das Land seine Zukunft aus eigener Kraft gestalten könne, bezweifle er. „Bei uns wird doch nur noch das gemacht, wofür der Bund Geld gibt.“

Ein Grafik zur Entwicklung der Solidarpakt- und der Entflechtungsmittel des Bundes für M-V finden Sie auf Seite 9. →

Doppelhaushalt beschlossen

Etat für 2016 und 2017 sieht Rekordausgaben vor

Haushalt 2016/17

Trotz Mehrausgaben keine neuen Schulden – das sieht der Doppelhaushalt für die kommenden beiden Jahre vor, den der Landtag mit den Stimmen von SPD und CDU Mitte Dezember beschlossen hat. Mit Ausgaben von insgesamt rund 15,8 Milliarden Euro ist es der größte Etat, den M-V bislang hatte. Finanziert werden sollen sie über Einnahmen und gegebenenfalls Rücklagen. Rund acht Stunden lang lieferten sich Koalition und Opposition am 16. Dezember eine kontroverse Haushaltsdebatte. Die Koalition sprach von einem guten Tag für das Land, die Opposition von einem Haushalt der verpassten Chancen. Sie stimmte geschlossen dagegen.

Der Haushalt ist alles andere als ein Leichtgewicht. Und das liegt nicht nur an den sieben Kilo, die er auf die Waage bringt. Darin sind für jedes Jahr rund 7,9 Milliarden Euro an Ausgaben festgeschrieben – so viele wie noch nie. Den größten Posten bilden die Personalausgaben. Fast jeder vierte Euro ist dafür veranschlagt. Macht unterm Strich Gesamtkosten, die erstmals die Grenze von zwei Milliarden Euro durchbrechen. Ausschlaggebend dafür seien unter anderem Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst sowie zusätzliche Stellen an Gerichten, bei der Polizei, beim Verfassungsschutz und für Lehrer, erklärte Finanzministerin Heike Polzin. Einen weiteren Schwerpunkt setzt der Haushalt bei den Investitionen. Gut 2,3 Milliarden Euro sind dafür insgesamt veranschlagt. Geld, das unter anderem der Wirtschafts-

förderung, dem Straßenbau, Kitas und Schulen sowie der Breitbandversorgung zugutekommen soll. Mit Investitionen in dieser Größenordnung liege M-V im Ländervergleich an zweiter Stelle, rechnete die SPD vor.

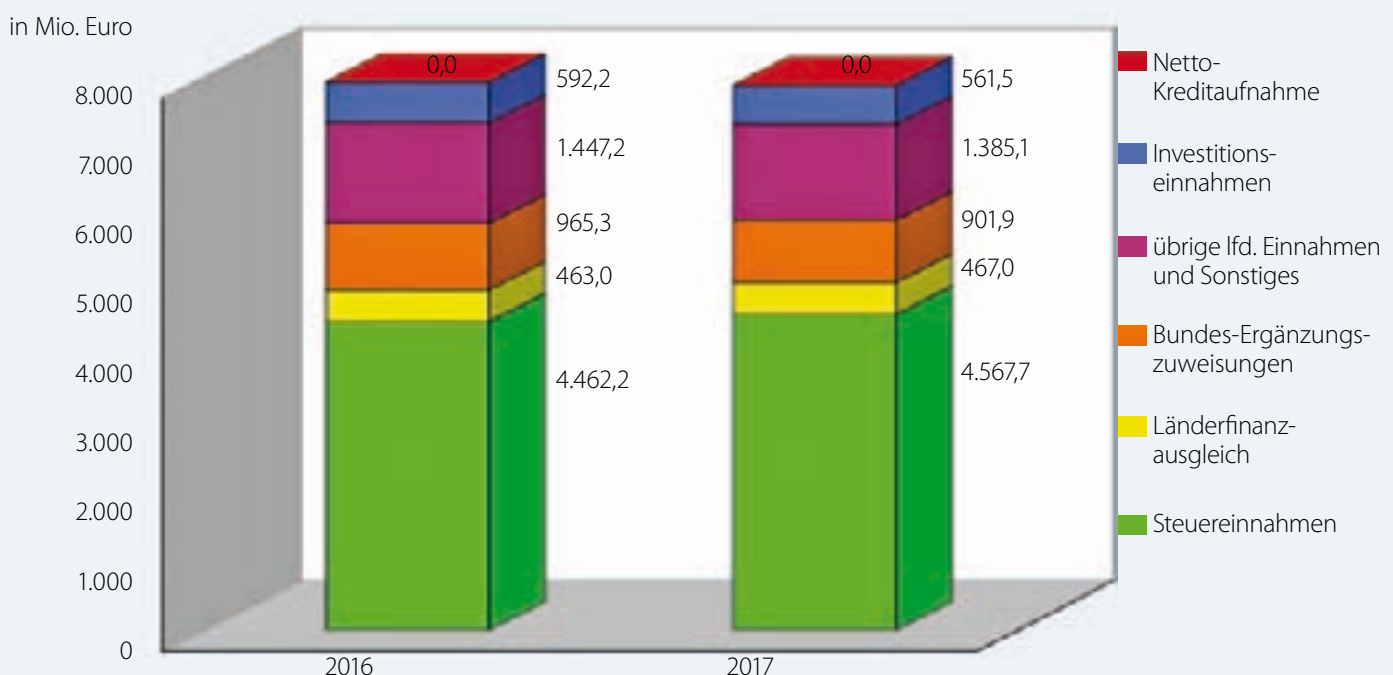
Der Finanzplan beinhaltet unter anderem 38,4 Millionen Euro mehr als bisher für Kitas und Tagespflege, zwei Millionen mehr für Kulturprojekte, 1,6 Millionen mehr für Tierschutz und 23 Millionen mehr für regionale Wirtschaftsförderung. All das soll ohne neue Kredite gestemmt werden. Damit komme das Land bereits seit 2006 ohne neue Schulden aus, so die Koalitionsfraktionen. Im Gegenzug müsse dafür laut Finanzministerin Heike Polzin aber vermutlich auf Rücklagen zurückgegriffen werden.

Die Opposition kritisierte den Doppelhaushalt als „Haushalt der verpassten Chancen“ und brachte insgesamt 95 Änderungsanträge ein. Redner der Linken und Grünen forderten, letztlich ohne Erfolg, unter anderem mehr Mittel für ländliche Regionen, Arbeitslose, Breitbandausbau, Klimaschutz, gleiche Lebensverhältnisse und sozialen Wohnungsbau. Die beiden Oppositionsfraktionen warfen der Koalition zudem vor, im Haushalt Wahlgeschenke von insgesamt 1,8 Millionen Euro versteckt zu haben, mit denen die Koalitionsabgeordneten in ihren Wahlkreisen an regulären Förderprogrammen vorbei mehr als 30 Projekte förderten, darunter die Sanierung einer Fürstengruft mit 340.000 Euro.

Haushaltsplan 2016/17 (Einnahmen)

Gesamteinnahmen 2016: 7.929,9 Mio. Euro

Gesamteinnahmen 2017: 7.883,2 Mio. Euro



Grafik: Finanzministerium M-V

Die Haushaltsdebatte

Schlagabtausch zwischen Koalition und Opposition

Der Schlussdebatte vorausgegangen war ein einjähriger Planungs- und Abstimmungsprozess zum Haushalt, zunächst innerhalb der Regierung, danach im Landtag und seinen Ausschüssen.



Der Finanzausschuss habe in den vergangenen drei Monaten in neun mehrstündigen Sitzungen alle Einzelpläne „intensiv und kontrovers“ diskutiert, berichtete dessen Vorsitzender **Torsten Koplin** zu Beginn der Debatte. Dabei seien 234 Änderungs- und 24 Entschließungsanträge beraten und im Ergebnis 17 Beschlussempfehlungen erarbeitet worden. Der ausführliche Bericht dazu liege dem Plenum auf 170 Seiten vor. Für zehn der 15 Einzelpläne habe der Ausschuss Änderungen empfohlen. Dazu zähle zum Beispiel, 13 neue Richterstellen zu schaffen. Koplin machte darauf aufmerksam, dass die NPD im Ausschuss keine Änderungs- oder Entschließungsanträge gestellt habe und bei vielen Abstimmungen nicht anwesend gewesen sei. Und wenn doch, sei gegen die Einzelpläne gestimmt worden. „Wer sich bei der finanziellen und damit inhaltlichen Gestaltung der Politik unseres Landes so gar nicht einbringt, hat nach meinem Verständnis auch das Recht verwirkt, den eingeschlagenen Weg zu kritisieren.“



„Der Doppelhaushalt 2016/2017 ist ein Haushalt, mit dem wir weiter in die Zukunftschancen unseres Landes investieren“, betonte Ministerpräsident **Erwin Sellering**. Der Etat setze klare Schwerpunkte. Dazu gehörten Wirtschaft, Arbeit, Bildung und sozialer Zusammenhalt. „Trotz zurückgehender Mittel halten wir die gezielten Investitionsausgaben weiter hoch.“ Gleichzeitig werde das Land seine „solide Konsolidierungspolitik“ fortsetzen und keine neuen Schulden aufnehmen. Es spreche jedoch alles dafür, dass Rücklagen angetastet werden müssen. Auch deshalb, weil die nach wie vor hohen Flüchtlingszahlen weitere haushaltsrelevante Herausforderungen mit sich brächten. „Aber dafür sind Rücklagen ja da. Umso wichtiger ist es, dass wir Kurs halten und unsere solide Finanzpolitik fortsetzen.“



Der Doppelhaushalt vergebe die Chance, das Land voranzubringen, kritisierte **Jeannine Rösler** (DIE LINKE). „Die Große Koalition verharret weiter im Klein-Klein“, sagte sie. „Wir können es uns nicht leisten, dass in der Arbeitsmarktpolitik so gut wie gar nichts passiert. Auch im Hinblick auf eine bessere Förderung

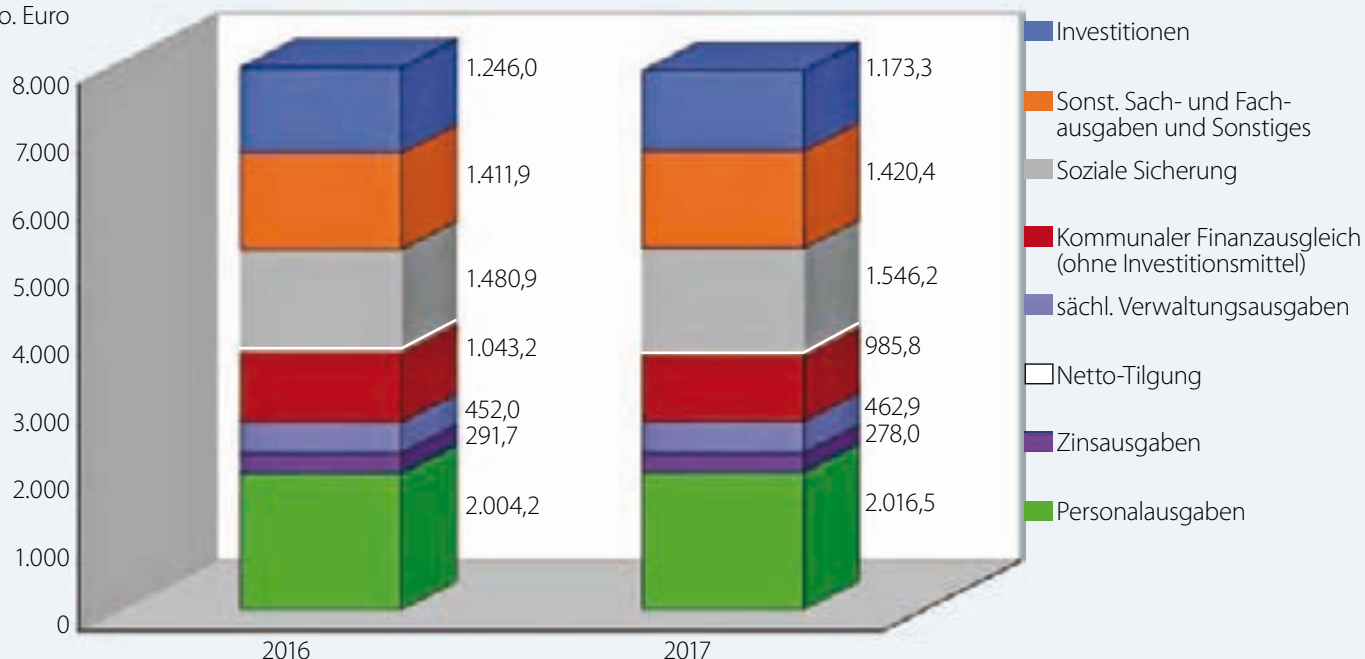
Haushalt 2016/17

Haushaltsplan 2016/17 (Ausgaben)

Gesamtausgaben 2016: 7.929,9 Mio. Euro

Gesamtausgaben 2017: 7.883,2 Mio. Euro

in Mio. Euro



Grafik: Finanzministerium M-V

der Kinder- und Jugendarbeit sei der Haushalt „ein einziges Versagen“. Ihre Fraktion habe aber die Hoffnung auf Verbesserungen nicht aufgegeben und werde deshalb zahlreiche Änderungsanträge stellen, darunter die Forderung nach einem Regionalbudget mit jeweils 50 Millionen Euro für die kommenden beiden Jahre. „All unsere Forderungen sind solide geplant und finanzierbar.“ Dazu genüge ein Blick auf die üppige Rücklage sowie die Mehreinnahmen des Landes.



Statt pauschaler Kritik habe er von der Opposition eigene Konzepte erwartet, sagte **Vincent Kokert**, Fraktionsvorsitzender der CDU. „Nur zu kritisieren, was wir vorgeschlagen haben, ist das einfachste.“ Für ihn sei das ein Zeichen, dass die Opposition „hilflos vor dem Haushalt steht, weil es ein guter Haushalt ist“. Im Grunde stimme sie ihm sogar zu 98 Prozent zu, weil sich sämtliche Änderungsanträge lediglich um zwei Prozent des gesamten Etats drehten. Er betonte, dass dieser Haushalt „aus Verantwortung für M-V“ auch wieder ohne neue Schulden auskommen werde. „Für meine Fraktion gilt: Sparen verlangt Mut und Disziplin, aber keinen Verzicht auf politische Gestaltung.“ Das sollte sich die Opposition „hinter die Ohren schreiben“, denn das sei der entscheidende Unterschied zwischen der Politik seiner Fraktion und der Politik der Linken und Grünen, die darauf ausgerichtet sei, mehr auszugeben als einzunehmen.



Für **Jürgen Suhr**, Fraktionsvorsitzender der Grünen, stellte sich die Frage, ob eine Regierung, die schon so lange im Amt sei, überhaupt noch „visionär, engagiert, kreativ und mutig“ das Land gestalten könne. „Ich habe daran bedenkliche Zweifel.“ Angesichts boomender Konjunktur und sprudelnder Steuereinnahmen könnte dieser Haushalt ein Haushalt der Chancen sein. Doch statt Probleme anzupacken, beschränke er sich, ähn-

lich wie die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten im Oktober, auf ein „nüchternes Weiter so“, sagte Suhr. Er warf der Regierung vor, das Land nur noch zu verwalten, statt zu gestalten. Die Änderungsanträge der Opposition als nichtig abzutun, sei unangebracht. Immerhin stünden hinter zwei Prozent des Landeshaushalts 180 Millionen Euro.

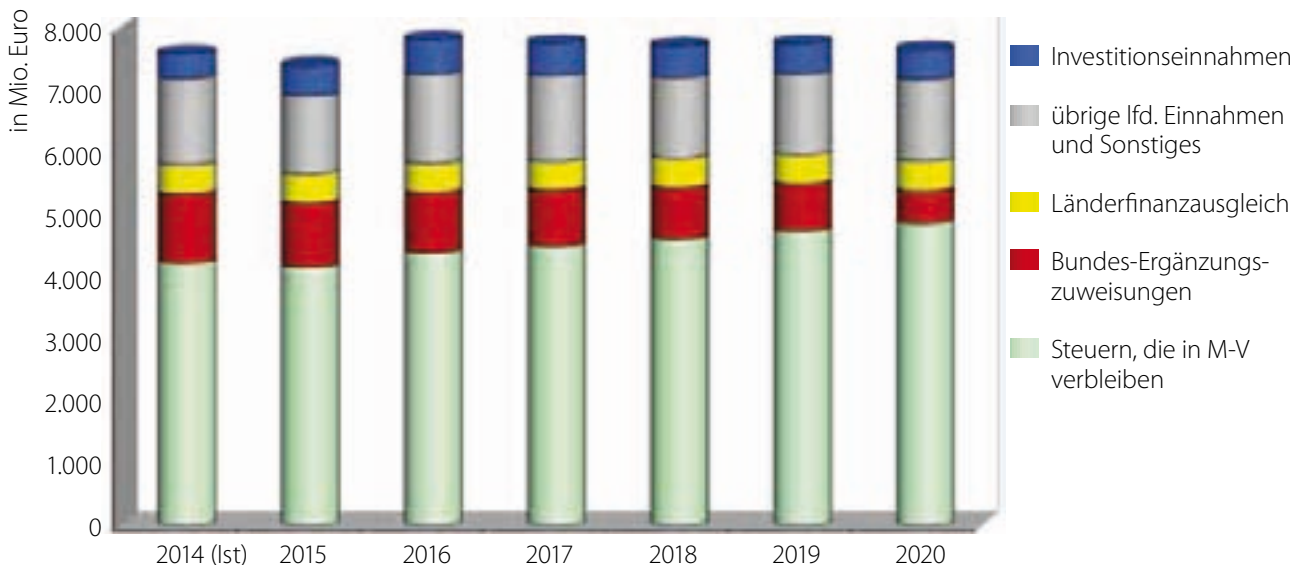


Egal, was die Opposition an „Nörgeleien“ vortrage: „Ihnen liegt ein richtig guter Doppelhaushalt zur Abstimmung vor“, sagte **Tilo Gundlack** (SPD). „7,93 Milliarden Euro in 2016 und 7,88 Milliarden Euro in 2017 sind gut veranschlagt.“ Beispiele wie hohe Investitionsquoten, sozialer Wohnungsbau, Breitbandausbau, Verbesserungen für Kitas, Schulen und Hochschulen und eine weiterhin vollumfängliche Kostenerstattung für die Aufnahme von Flüchtlingen in den Kommunen „sind vorzeigbare Ergebnisse“. Nicht zuletzt dank vorsorglicher Rücklagen könne all das ohne neue Schulden gestemmt werden. „Mecklenburg-Vorpommern ist auch weiterhin auf einem guten Weg der soliden Finanzpolitik. Das ist die Grundlage für eine sichere Zukunft unseres Landes.“



„Ein ausgeglichener Haushalt ist nicht per se ein Grund zum Feiern“, merkte **Michael Andrejewski** (NPD) an. Die entscheidende Frage sei nämlich, wie solch ein Haushalt zustande komme. „Mecklenburg-Vorpommern erreicht das, indem es ganz bewusst weite Regionen im Stich lässt.“ Lange Schulwege, Kreis- und Gemeindestraßen im „Vor-DDR-Zustand“ und „verstümmelte“ Krankenhäuser belegten immer größer werdende Unterschiede zwischen den „wenigen Leuchttürmen“ und dem „vernachlässigten ländlichen Raum“. „Anstatt dagegen anzukämpfen, gibt die Landesregierung lieber Geld für lauter Unsinn aus.“ Als Beispiele nannte er Zuwendungen an

Struktur der Einnahmen (Finanzplanung 2015 bis 2020)



Grafik: Finanzministerium M-V

politische Stiftungen, an Projekte gegen Extremismus und für „Asyl- und Flüchtlingsangelegenheiten“.



„Die bis jetzt geführte Haushaltsdebatte hat mir gezeigt, warum die große Koalition richtig für unser Land ist“, eröffnete **Egbert Liskow** (CDU) seine Rede. Statt tragbare Konzepte vorzulegen, wolle die Opposition einmal mehr „Schecks verteilen“ und „Luftschlösser bauen“. Er erinnerte daran, dass das Land von Jahr zu Jahr geringere Solidarpaktmittel vom Bund erhalte. 2016 seien es rund 450 Millionen Euro, 2017 nur noch knapp 380 Millionen. Trotz komplexer Rahmenbedingungen, zu denen auch die kaum prognostizierbare Entwicklung der Flüchtlingssituation gehöre, umfasse der Haushalt für beide Jahre ein Rekordvolumen von jeweils etwa 7,9 Milliarden. Allein für 2016 betrage das Investitionsvolumen mehr als 1,2 Milliarden Euro. Allen Unkenrufen der Opposition zum Trotz „ist heute ein guter Tag für Mecklenburg-Vorpommern“.



„Was gut ist und was nicht, liegt ja meistens im Auge des Betrachters“, wandte **Johannes Saalfeld** (DIE GRÜNEN) ein. Aus Sicht seiner Fraktion ließe sich „sehr viel mehr mit dem Geld anfangen“. Immerhin stünden für die kommenden beiden Jahre allein durch niedrige Zinsen und Mehreinnahmen aus Steuern und Zuweisungen 1,4 Milliarden Euro mehr zur Verfügung. Die mehr als 40 Änderungsanträge seiner Fraktion hätten deutlich gemacht, dass Haushaltspolitik auch „anders gestaltet werden kann“, widersprach er dem Vorwurf, keine eigenen Konzepte vorgelegt zu haben. Nicht unkommentiert ließ Saalfeld die Änderungsanträge, mit denen die NPD den Landtag heute „überflutet habe“. Diese seien ob ihres Inhalts „an Ekelhaftigkeit kaum noch zu überbieten“. Daran werde deutlich: „Sie sind ganz klar Nazis!“



Wer der Regierung vorwerfe, das Land „knausert, spart und macht nichts“, der übersehe die Zahlen und Fakten, widersprach **Heinz Müller** (SPD) dem „Bild von Tristess und bitterer Armut“, das die Opposition für die Kommunen zeichne. Er verwies darauf, dass das Land den Kommunen über das Finanzausgleichsgesetz in diesem Jahr rund 50 Millionen Euro mehr zur Verfügung stelle als 2015. Außerdem setzten sich kommunale Finanzen nicht nur aus Landeszuweisungen zusammen, sondern auch aus kommunalen Steuern. „Und die sind in den letzten Jahren ebenfalls gestiegen.“ Müller appellierte an alle Beteiligten, die gemeinsamen Bemühungen, ein neues Finanzausgleichsgesetz zu erarbeiten, nicht in „Klein-Klein-Diskussionen“ zu zerreden.



Finanzministerin **Heike Polzin** zeigte sich „erleichtert“, den insgesamt einjährigen Haushaltsmarathon hinter sich zu haben. „Ich gehe davon aus, dass wir gut aufgestellt sind für die nächsten beiden Jahre.“ Gleichwohl sei es ein schwieriger Haushalt gewesen. Habe er sonst immer ein Polster von rund 100 Millionen Euro Abschlag enthalten, seien solche Reserven diesmal von Anfang an nicht drin gewesen. „Jetzt wird uns jeder Steuereinbruch gleich in die Leitplanken hauen. Wir müssen dann sofort in die Rücklagen.“ Sie lobte, dass sich die Debatte „sehr gründlich mit den Details und großen Linien“ des Haushalts auseinandergesetzt habe. Dass die Opposition vieles anders sehe, liege in der Natur der Sache. „Wir haben allen Grund, optimistisch zu sein. Wir haben keinen Grund, sorglos zu sein. Und wir sollten auch weiterhin sehr umsichtig mit dem umgehen, was uns anvertraut ist.“

Solidarpakt- und Entflechtungsmittel bis 2019, ab 2020 Bund-Länder-Finanzausgleich neu



Grafik: Finanzministerium M-V

Kitas, Schulen, schnelles Internet

SPD setzt Schwerpunkte im Doppelhaushalt 2016/17



Foto: Cornelius Kettler

„Mecklenburg-Vorpommern ist auch weiterhin auf einem guten Weg der soliden Finanzpolitik.“

*Tilo Gundlack,
finanzpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, in der
allgemeinen Aussprache zum Haushaltsplan 2016/2017*

SPD-Fraktion

Mecklenburg-Vorpommern wird zum elften Mal in Folge einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen, der ohne Neuverschuldung auskommt. Das ist mit Blick auf die Handlungsfähigkeit unseres Landes in den kommenden Jahren sowie die Zukunftschancen unserer Kinder und Enkel eine stolze Leistung und sehr gute Botschaft.

Doch die SPD-geführte Koalition achtet nicht nur auf Ausgabenzielen, sondern investiert auch in wichtige Zukunftsbereiche. Wir nutzen konsequent die vorhandenen Spielräume für weitere Verbesserungen vor allem bei den Kitas und in den Schulen. Dazu gehören z. B. die Schaffung von zusätzlichen Kitaplätzen, mehr Ganztagschulen und zusätzlichen Lehrerstellen. Aber auch die Kommunen können sich auf uns verlassen und erhalten u.a. für die Integration der bei uns bleibenden Flüchtlinge mehr Geld.

Darüber hinaus startet die Landesregierung eine Initiative für schnelles Internet und stellt dafür fast 64 Millionen Euro zusätzliche Landesgelder bis 2018 für den ländlichen Bereich zur Verfügung. Hinzu kommen 50 Millionen Euro vom Bund, die wir gezielt für den Breitbandausbau in finanzschwachen Kommunen im ländlichen Raum einsetzen. Kommunen und Landkreise sind mit Unterstützung des Breitbandkompetenzzentrums Mecklenburg-Vorpommern momentan dabei, Breitbandprojekte zu entwickeln, um sich weitere Zuschüsse aus dem Bundesprogramm in Höhe von 2,3 Milliarden Euro zu sichern.

Es ist sehr erfreulich, dass bereits in der ersten Ausschreibungsphase 18 Projekte aus ganz M-V an den Start gehen und damit Fördermittel des Bundes für schnelles Internet erhalten können. Das zeigt, die Landesregierung und die Kommunen sind gut auf den Breitbandausbau vorbereitet.

Auch das Kita- und Schulbauprogramm des Landes wird die Koalition in den kommenden beiden Jahren um jeweils zehn Millionen Euro aufstocken. Dadurch können dort, wo es nötig ist, zusätzliche Plätze und Räumlichkeiten für Kinder

aus M-V und Flüchtlingskinder geschaffen werden. Zudem hat die SPD den Einstieg des Landes in den Sozialen Wohnungsbau erreicht. Damit können in Ballungszentren wie Rostock oder Greifswald Wohnungen gebaut werden, die anschließend einer Mietpreisbindung unterliegen und für finanzschwache Familien zur Verfügung stehen.

Die Beschlüsse zeigen: die Koalition handelt und geht wichtige Zukunftsthemen entschlossen an. Nur durch unsere langjährige solide und vorausschauende Haushaltspolitik sind wir dazu überhaupt in der Lage.

SPD-Eckpfeiler im Doppelhaushalt 2016/17

Bildungsoffensive für M-V

Schulen erhalten 2016 und 2017 jeweils über 40 Mio. Euro mehr als 2015

- a) 248 zusätzliche Lehrerstellen in 2016 gegenüber 2015; seit Beginn der Legislaturperiode 2011 sind das 1.150 zusätzliche Lehrerstellen. In 2017 kommen 226 weitere Lehrerstellen hinzu.
- b) 124 zusätzliche Referendarstellen in 2016 gegenüber 2015; in 2017 kommen 80 weitere Referendarstellen hinzu; damit Erhöhung der Referendarstellen bis 2017 auf 861 (rund 75 Prozent mehr gegenüber 2011)

Weitere Maßnahmen aus dem Programm für **Gute Schule**: gebührenfreies Nachholen von Bildungsabschlüssen an den Volkshochschulen, Ausbau von Ganztagschulen, Maßnahmen gegen Unterrichtsausfall, Verringerung der Schulabbrecher-Zahlen, Anhebung der Bezahlung aller Sekundar-Lehrkräfte auf das Niveau der Gymnasiallehrer/innen (A13/ E 13TV-L) und erhebliche Verringerung des Schulgeldes in Ausbildungsgängen für Gesundheits- und Pflegeberufe. Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen bekommen vom Land 2016 12 Mio. Euro mehr (+ 3,9 Prozent) und 2017 15,9 Mio. Euro mehr als 2015.

Verbesserungen im Kitabereich

33 Millionen Euro zusätzlich (Schaffung weiterer Krippenplätze, Qualitätsverbesserungen, kleinere Kita-Gruppen, Senkung Fachkraft-Kind-Relation auf 1 : 15, Integration von Kindern mit Behinderung und von Flüchtlingskindern, Stärkung von Kitas in sozialen Brennpunkten) Insgesamt mehr als eine Verdopplung der Ausgaben des Landes im Kindertagesförderungsgesetz (KiföG M-V) innerhalb von zehn Jahren: von 90 Mio. Euro (2006) auf 205 Mio. Euro (2016)

Kita- und Schulbauprogramm des Landes

Aufstockung um jeweils zehn Millionen Euro. Dadurch können dort, wo es nötig ist, zusätzliche Plätze und Räumlichkeiten für Kinder aus M-V und Flüchtlingskinder geschaffen werden.

Förderung von erneuerbaren Energien

Zuschüsse für innovative Klimaschutzprojekte in Unternehmen 4 Mio. Euro (2016) und 3,5 Mio. Euro (2017) sowie Darlehen zur Förderung innovativer Klimaschutzprojekte in öffentlichen Infrastrukturen 1.5 Mio. Euro (2016) und 1 Mio. Euro (2017).

Sonderprogramme Wohnen und Bauen

Einstieg des Landes in den Sozialen Wohnungsbau. Dafür stehen im Jahr 2016 12,5 Millionen und 2017 14,5 Millionen Euro zur Verfügung, die als direkte Baukostenzuschüsse ausgereicht werden. Damit können in Ballungszentren mit einem Leerstand unter vier Prozent Wohnungen gebaut werden, die anschließend einer Mietpreisbindung unterliegen. So sorgen wir dafür, dass z.B. in Rostock oder Greifswald innerstädtischer Wohnraum auch für Normal- und Geringverdiener bezahlbar bleibt.

8 Mio. Euro (2016) bzw. 6 Mio. Euro (2017) stehen darüber hinaus für die Aktivierung von leerstehendem Wohnraum in allen Zentren des Landes zur Verfügung. Auch dadurch werden unbürokratisch und schnell zusätzliche Wohnungen für Einkommensschwache und Flüchtlinge bereitstehen.

Schnelles Internet

50 Millionen Euro zusätzliche Landesmittel für den Breitbandausbau im ländlichen Raum – gemeinsam mit Zuschüssen aus Bundesprogrammen können bei optimalem Agieren von Land, Landkreisen und Kommunen rund 350 Millionen Euro an Investitionen in schnelles Internet ausgelöst werden.

Unterstützung für die Polizei

Steigerung der Landesausgaben für die Polizei von 444,5 Mio. Euro (2015) auf 452,4 Mio. Euro (2016) auf 457,3 Mio. Euro (2017), vor allem für Personal und bessere Ausrüstung und Ausstattung der Polizei – hinzu kommen 100 zusätzliche Stellen für die Polizei (inkl. 44 Polizeianwärter).

Sonderhilfen für die Kommunen

in Höhe von 75 Mio. Euro. (2016) und 40 Mio. Euro (2017); Hinzu kommt, das Land erstattet im Gegensatz zu fast allen anderen Bundesländern den Kommunen vollständig die Kosten für die Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen. Auch die Kosten für die Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge werden den Kommunen vom Land erstattet.



Finanzministerin Heike Polzin bei ihrer Haushaltsrede im Plenum.

Foto: Cornelius Kettler

Geplante Ausgaben 2016/2017 in Mio. Euro	2016	2017
Landtag	52,5	42,1
Landesrechnungshof	7,5	7,5
Staatskanzlei – Ministerpräsident	16,8	16,6
Ministerium für Inneres und Sport	747,8	774,4
Finanzministerium	181,4	181,8
Ministerium für Wirtschaft, Bau und Tourismus	473,4	437,2
Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur	1.641,7	1.642,5
Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz	466,3	464,1
Justizministerium	341,3	342,6
Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales	1.195,9	1.231,3
Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung	516,5	506,2
Allg. Finanzverwaltung	2.057,0	1.988,1
Hochbaumaßnahmen	231,7	248,7
Landesverfassungsgericht	0,2	0,2

Quelle: Finanzministerium M-V

Landtag verabschiedet Rekordhaushalt

Solide Finanzpolitik auch unter schwierigen Rahmenbedingungen



Foto: Cornelius Kettler

„Sparen verlangt Mut und Disziplin, aber ist trotzdem kein Verzicht auf politische Gestaltung.“

Vincent Kokert,
Vorsitzender der CDU-Fraktion, in der allgemeinen Aussprache
zum Haushaltsplan 2016/2017

CDU-Fraktion

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, **Vincent Kokert**, hat in der Generaldebatte zum Doppelhaushalt 2016/17 darauf verwiesen, dass Mecklenburg-Vorpommern auch künftig ohne neue Schulden auskommen wird. „Wir verabschieden heute den dritten Doppelhaushalt in dieser Legislaturperiode. Und auch dieser Doppelhaushalt wird ohne neue Schulden auskommen. Es ist ein Haushalt, der aus Verantwortung für Mecklenburg-Vorpommern entstanden ist. Wie übrigens jeder Doppelhaushalt seit 2006. Wie jeder Doppelhaushalt, seit die CDU in Mecklenburg-Vorpommern in Regierungsverantwortung ist. Wir werden also Ende dieses Jahres zehn Jahre ohne neue Schulden ausgekommen sein. Mehr noch, wir haben Schulden in erheblicher Größenordnung getilgt. Nachhaltigkeit, Generationengerechtigkeit und Mecklenburg-Vorpommern gehören seit 10 Jahren zusammen“, betonte Kokert.

„Auch vor dem Hintergrund, dass wir in etwa vier Wochen wissen werden, wie das Haushaltsjahr 2015 gelaufen ist. Ich sage Ihnen schon jetzt voraus: Wir werden erneut Schulden tilgen. Und ich sage noch etwas voraus: Seit die CDU in Mecklenburg-Vorpommern regiert, werden wir dann insgesamt über eine Milliarde Euro Schulden getilgt haben. Ich finde, dass das eine anerkennenswerte Leistung ist. Sie ist auch deswegen anerkennenswert, weil sie einen der zentralen Unterschiede ausmacht zwischen der Politik, wie ich sie vertrete, und der Politik, wie sie andere vertreten: Wenn die CDU regiert, werden Schulden getilgt. Wenn andere regieren, werden Schulden gemacht. Nirgendwo besser sieht man das als in Mecklenburg-Vorpommern. Und eben weil wir so gut wirtschaften, ist es auch möglich, dass die Regierungsfaktionen auf den Landeshaushalt noch Einfluss nehmen können. Das ist in anderen Bundesländern übrigens ganz anders. Da macht das Finanzministerium einen Haushalt. Die Staatskanzlei winkt diesen durch. Und das Parlament hat dann die ehrenvolle Aufgabe, diesen Haushalt als ihr Werk zu verkaufen. Das ist in Mecklenburg-Vorpommern Gott sei Dank anders. Die Fraktionen sind frühzeitig in die

Erarbeitung des Haushalts eingebunden. Für meine Fraktion gilt: Sparen verlangt Mut und Disziplin, aber keinen Verzicht auf politische Gestaltung“, erläuterte Kokert im Landtag.

Der CDU-Fraktionschef ging in diesem Zusammenhang auch auf die Schwerpunkte seiner Fraktion ein: „Das Land Mecklenburg-Vorpommern wird mit 50 Millionen Euro das Programm des Bundes zum Breitbandausbau unterstützen. Weitere 20 Millionen bekommen die Kommunen für den Bau von Kitas und Schulen. Insgesamt wurden für die Kommunen seit 2011 zusätzlich zum Finanzausgleichsgesetz 430 Millionen Euro auf den Weg gebracht. Auf Initiative der CDU-Fraktion werden die Mittel für den Sport im Vergleich zum Haushaltsentwurf um 550.000 Euro pro Jahr aufgestockt. Die Zahl der Polizeibeamten wird in einem ersten Schritt um 47 erhöht. Weitere 100 neue Stellen hat der Koalitionsausschuss beschlossen. Damit vor allem Asylverfahren vor Gericht schneller bearbeitet werden können, wird es 13 neue Richterstellen geben. Außerdem wird der Verfassungsschutz personell verstärkt. Gegen den Widerstand von Linken und Grünen haben wir 12 neue Stellen durchgesetzt. Die Mitarbeiter sollen sich vor allem um den wachsenden islamistischen Extremismus kümmern.“

Der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, **Egbert Liskow**, unterstrich in seiner Rede, dass der Kurs der soliden Finanzpolitik auch unter schwierigen Rahmenbedingungen fortgesetzt wird. „Es bleibt weiterhin dabei: Das Land nimmt keine neuen Schulden auf, gleichzeitig wird schwerpunktmäßig investiert. Statt grüne und dunkelrote Luftschlösser zu bauen, hat die Koalition ein tragfähiges und solide finanziertes Konzept für die kommenden beiden Jahre vorgelegt. Heute ist, trotz aller Unkenrufe der Opposition, ein guter Tag für Mecklenburg-Vorpommern. Der Landeshaushalt wird 2016 und 2017 jeweils ein Rekordvolumen von rund 7,9 Milliarden Euro umfassen. Das Investitionsvolumen wird dabei über 1,2 Milliarden Euro liegen“, sagte Liskow im Landtag.

Liskow ging auf die Beratungen im Finanzausschuss ein: „Auch bei diesen Haushaltsberatungen galt der parlamentarische Grundsatz, dass kein Haushalt den Landtag so verlässt, wie er reingekommen ist. Die Abgeordneten haben einmal mehr bewiesen, dass der Landtag der oberste Haushaltsgesetzgeber ist. Mit diversen Umschichtungen und Aufstockungen haben wir auf aktuelle Entwicklungen reagiert und eigene Akzente gesetzt. Auf Initiative meiner Fraktion wurden unter anderem die finanziellen Mittel für den Sport, die Binnenfischerei, die Feuerwehren, zur Aufarbeitung von DDR-Unrecht sowie zur Stärkung des Ehrenamtes erhöht. Wir unterstützen landesweit verschiedenste Vereine und Projekte, wovon die Menschen vor Ort profitieren werden.“

Erfolgreiche Entwicklung am Arbeitsmarkt

In der Debatte zum Etat des Sozialministeriums wies der arbeitsmarktpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, **Torsten Renz**, die Kritik der Opposition an der Arbeitsmarktpolitik der Koalition zurück: „Der Oppositionsführer und ehemalige Arbeitsminister Holter ist scheinbar nicht in der Lage, die Arbeitsmarktzahlen richtig zu lesen. Anders kann ich mir nicht erklären, dass er zu der Einschätzung kommt, in der Arbeitsmarktpolitik würde seit acht Jahren ‚tote Hose‘ herrschen. Das Gegenteil ist der Fall: Seit die CDU wieder

regiert, liegt der Schwerpunkt auf dem ersten Arbeitsmarkt und nicht mehr auf staatlich geförderter öffentlicher Beschäftigung. Die Zahl der Arbeitslosen lag im November bei 81.400. Nur zur Erinnerung: Arbeitsminister Holter hat 2006 einen arbeitsmarktpolitischen Scherbenhaufen hinterlassen. In Mecklenburg-Vorpommern waren damals 167.000 Menschen arbeitslos. Die Arbeitslosigkeit hat sich seitdem zirka halbiert. Außerdem sind 50.000 neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse seit 2006 entstanden. Unsere Politik zeigt Wirkung, und das lassen wir uns auch nicht schlechtreden.“



Innenminister Lorenz Caffier (l.) mit dem CDU-Abgeordneten Detlef Lindner.



Vertreter von Vereinen und Verbänden aus Neustrelitz verfolgen als Gäste auf der Besuchertribüne die Haushaltsdebatte.

Fotos: Cornelius Kettler

Haushalt der vertanen Chancen



Unsere Forderungen sind solide geplant und finanzierbar



Foto: Cornelius Kettler

„Die Große Koalition verharrt weiter im Klein-Klein.“

*Jeannine Rösler,
finanzpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, in der
allgemeinen Aussprache zum Haushaltsplan 2016/2017*

Fraktion DIE LINKE

Der Doppelhaushalt 2016/2017 der Fraktionen von SPD und CDU ist ein Haushalt der vertanen Chancen. Drängende Fragen werden erneut nicht angepackt. Der Ministerpräsident des Landes, Erwin Sellering, behauptet, dass er mit diesem Doppelhaushalt alle Menschen im Land mitnimmt und niemanden allein lässt. Damit gaukelt er den Menschen etwas vor. Gerade in den Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit, der Arbeitsmarktpolitik oder bei der kommunalen Finanzausstattung gilt dies nicht. Wir wollen vor allem in die Zukunft der Kinder investieren, den Kommunen Luft zum Atmen und erwerbslosen Menschen eine Chance geben. Davon profitiert das ganze Land.

Regionalbudget für Strukturentwicklung

Auch für diesen Doppelhaushalt haben wir den Vorschlag unterbreitet, ein Regionalbudget für Strukturentwicklung über insgesamt 100 Mio. Euro im Haushalt einzurichten. Seit mehr als zwei Jahren hat die Landesregierung nun „Ländliche Gestaltungsräume“ im Landesraumentwicklungsprogramm ausgemacht. Diese Räume sind Regionen, die seit langem mit einer Strukturschwäche und den Folgen des demographischen Wandels besonders zu kämpfen haben. Wir wollen, dass die betroffenen Kommunen die Chance erhalten, diese Mittel eigenverantwortlich einzusetzen. Sie wissen am besten, wo ihre Potenziale liegen. Auch gilt es, sie dabei zu unterstützen, Ideen für alternative Strukturen der Daseinsvorsorge auch tatsächlich umsetzen zu können. Unser Vorschlag wurde jedoch vom Tisch gefegt, SPD und CDU geben so gut wie nichts extra für die Entwicklung dieser Regionen.

Kommunale Finanzausstattung verbessern

Die Kommunen gehen auf dem Zahnfleisch, obwohl die Einnahmen des Landes steigen und vom Bund mehr Zuweisungen kommen. Sie erhalten von den gestiegenen Einnahmen zu wenig. Deshalb protestiert die kommunale Familie

zu Recht. Eine ganze Reihe von Städten hat sich in einer Resolution an den Landtag gewandt und die Erhöhung der Beteiligungsquote gefordert. Das ist der Anteil, den die Kommunen an den Gesamteinnahmen des Landes erhalten. Die Vertreter von Kommunen und der kommunalen Spitzenverbände haben in einer Anhörung im Innenausschuss unisono den Missstand kritisiert. Wir haben die Kritik aufgenommen und gefordert, die Beteiligungsquote anzuheben. SPD und CDU verweigern dies, die Koalition lässt die Hilferufe der Kommunen ungehört verhallen.

Dauerbaustelle Bildung

Auch der Bildungsbereich bleibt im neuen Doppelhaushalt eine große Baustelle. M-V liegt beispielsweise bei den Klassenwiederholungen weiterhin weit über dem Bundesdurchschnitt. Es bleiben hierzulande fast doppelt so viele Schülerinnen und Schüler sitzen wie im Rest der Republik. Das ist ein Skandal. Wir sagen, es muss frühzeitig gehandelt werden, anstatt einen immer größeren Reparaturbetrieb am Laufen zu halten. Dazu benötigen die Schulen deutlich mehr Unterrichtsstunden, die eine bessere individuelle Förderung ermöglichen und den Stundenausfall reduzieren. Unsere Anträge, den Schulen ein Budget zur Verfügung zu stellen, damit sie Unterrichtsausfall besser vermeiden können, und den Anteil an Deutsch- und Mathestunden in den Grundschulen zu erhöhen, wurden abgelehnt. Die Landesregierung deckt nach wie vor den Brunnen erst ab, wenn das Kind bereits hineingefallen ist.

Keine Chancen für Langzeitarbeitslose

Für einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt hat die Koalition auch in den kommenden Jahren nichts übrig. Dabei sind neben den Bundesprogrammen auch vom Land größere Anstrengungen erforderlich, um arbeitslose erwerbsfähige Frauen und Männer wirksam zu unterstützen und in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Während sich aber die

Langzeitarbeitslosigkeit zunehmend verfestigt, scheut die Landesregierung einen sozialen Arbeitsmarkt wie der Teufel das Weihwasser. Wir haben beantragt, 5 Mio. Euro pro Jahr in den Haushalt einzustellen, um Menschen, die jahrelang erwerbslos sind, Arbeit und Perspektive zu geben. Selbstredend haben SPD und CDU auch diesen Antrag abgelehnt.

Mehr Investitionen in Kinder und Jugend

Die Kinder- und Jugendarbeit bleibt unterbelichtet. Während auf der Zielgeraden der Haushaltsberatungen auf Antrag der Koalition so locker mal 340.000 Euro für die Sanierung einer Fürstengruft drin sind, gibt es für die Kinder- und Jugendarbeit nicht einen Cent mehr. Wir haben gefordert, dass hier mindestens etwa genauso viel Geld zusätzlich bereitgestellt werden muss. Auch unser Antrag, die Kinder- und Jugendförderung auf eine neue Basis zu stellen und die Pro-Kopf-Förderung deutlich anzuheben, wurde in gewohnt ignoranter Art und Weise abgelehnt.

SPD und CDU vergeben Wahlgeschenke

Während SPD und CDU die Zukunftsthemen nicht anpacken, nutzen sie den Landeshaushalt unverfroren für ihren Wahlkampf. So hat fast jeder und jede Abgeordnete der Koalition

ein eigenes Klein- oder Kleinstprojekt, eine Mitgift erhalten, mit der sich die Abgeordneten in ihren Wahlkreisen schmücken können. Dieses Vorgehen haben wir aufs Schärfste kritisiert. Auch wenn nahezu alle Projekte unterstützenswert sind, wäre es zielführender, die Förderprogramme des Landes gut auszustatten und einen Initiativfonds für das gesamte Land zu installieren. Davon könnten alle Vereine und Projekte des Landes profitieren.



Elfklässler vom Fritz-Greve-Gymnasium Malchin verfolgen die Haushaltsdebatte.

So entsteht der Landeshaushaltsplan

Der Landeshaushaltsplan wird von der Landesregierung für ein oder zwei Jahre erarbeitet und vom Landtag als Gesetz beschlossen. Er weist aus, welche Einnahmen das Land erwartet und wieviel Geld das Land ausgeben darf.

Seit 2002 erarbeitet die Landesregierung einen Zweijahreshaushalt – einen so genannten Doppelhaushalt. Der Prozess der Aufstellung des Haushaltsplanes erstreckt sich über einen Zeitraum von mehreren Monaten. Der Planungszeitraum beginnt bereits gut ein Jahr vor Beginn des jeweiligen Haushaltsjahres:

- Die Vorbereitungen für einen neuen Haushaltsplan beginnen bereits im Dezember des Vorjahres mit einem Erlass des Finanzministeriums.
- Im März des Vorjahres melden die einzelnen Ministerien ihre Vorstellungen beim Finanzministerium an. Das Finanzministerium prüft die Budgetanmeldungen und verhandelt diese mit jedem einzelnen Ministerium. Dann erstellt es einen Entwurf des Haushaltsplans.
- Die Landesregierung beschließt diesen Entwurf im Juli. Der Entwurf besteht aus dem Haushaltsgesetz und dem Haushaltsplan. Der Ministerpräsident leitet den Entwurf an den Landtag weiter.
- Die Finanzministerin begründet Anfang September den Haushaltsplanentwurf in ihrer Haushaltsrede (Einbringungsrede) vor dem Landtag.
- Der Landtag berät über die Vorlage in erster Lesung und führt eine Generalaussprache durch.
- Der Landtag verweist den Haushaltsplanentwurf federführend an den Finanzausschuss sowie an die anderen Ausschüsse des Landtages zu Mitberatung.
- Der Finanzausschuss berät den Entwurf Punkt für Punkt und erarbeitet hierzu seine Beschlussempfehlungen. Dabei bezieht er die Stellungnahmen der anderen Fachausschüsse ein.
- Der Haushaltsplanentwurf der Regierung und die Beschlussempfehlungen des Finanzausschusses werden im Landtag in der Zweiten Lesung beraten.
- Der Landtag verabschiedet das Haushaltsgesetz und den Haushaltsplan im Dezember.
- Der Ministerpräsident unterzeichnet das Gesetz und verkündet es im Gesetzblatt. Das Haushaltsgesetz tritt unabhängig vom Zeitpunkt seiner Verkündung jeweils am 1. Januar eines Jahres in Kraft.

Viel Geld, wenig Wirkung

Landesregierung verpasst Chance für mehr Umweltschutz, bessere Mobilität, gerechtere Bildung und schnelles Internet



Foto: Cornelius Kettler

„Inwieweit kann eine Landesregierung, die schon so lange im Amt ist, noch visionär, noch engagiert, noch mutig sein?“

Jürgen Suhr,
Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, in der
allgemeinen Aussprache zum Haushaltsplan 2016/2017

Die Ausgaben bewegen sich auf einem Rekordniveau, aber unten im Land kommt davon kaum etwas an. Viel Geld versickert ohne Wirkung. An den Schulen herrscht Sanierungsstau, die Theater werden kaputt gespart, der Ausbau des schnellen Internets wird nur zaghaft vorangetrieben, die Hochschulen werden weiter an der kurzen Leine gehalten, die Ausgaben für den Klimaschutz werden gekürzt, Gerichtsstandorte und Bahnstrecken werden geschlossen, die Kommunen im Regen stehen gelassen. Trotz boomender Konjunktur und sprudelnder Steuereinnahmen packt die rot-schwarze Landesregierung die Probleme nicht an.

Mit mehr als 40 Änderungsanträgen und Umschichtungen in Höhe von fast 180 Millionen Euro hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Haushaltsberatungen deutlich gemacht, dass eine bessere, eine generationengerechte Politik möglich ist. Die Vorschläge der Grünen kommen dabei ohne neue Schulden aus. Schwerpunkte grüner Haushaltspolitik sind Umwelt- und Klimaschutz, der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, Investitionen in Bildung und Kultur sowie der Ausbau des schnellen Internets.

Klimaschutz und ökologische Landwirtschaft

Mit Blick auf die internationalen Vereinbarungen auf der Pariser Klimakonferenz will die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Zukunft ein Drittel der vom Wirtschaftsministerium vergebenen Fördermittel im Bereich Forschung und Entwicklung für Klima- und Umweltschutzprojekte vorsehen. Zudem soll ein Energiesparfonds für Projekte im ganzen Land eingerichtet werden. Zur Unterstützung der ökologischen Landwirtschaft soll endlich ein Kompetenzzentrum ins Leben gerufen werden. Dieses Zentrum soll die Forschungseinrichtungen im Land vernetzen sowie Erkenntnisse aus Forschung und Praxis zusammenführen, um so die Entwicklung des Öko-Landbaus voranzubringen.

Attraktive Schulen und Hochschulen

Erfolgreiche und attraktive Schulen und Hochschulen sind nicht zum Nulltarif zu haben. Deswegen tragen die Grünen den faulen Kompromiss von SPD, CDU und DIE LINKE zur Inklusion nicht mit. Denn die im Kompromiss vorgesehenen „zusätzlichen“ Lehrerstellen entpuppen sich als Etikettenschwindel. Diese Stellen waren bereits für die reguläre Unterrichtsversorgung vorgesehen und sollen nun lediglich für die Inklusion umgewidmet werden. Das kann nicht funktionieren. Deswegen schlagen die Grünen in einem ersten Schritt vor, mehr als 100 zusätzliche Stellen für den gemeinsamen Unterricht zu schaffen.

Ebenso sind die Finanzprobleme an den Hochschulen nach wie vor ungelöst. An den Universitäten sind nur 97 Prozent und an den Fachhochschulen nur 98 Prozent der Personalstellen finanziert. Somit fehlt den Hochschulen das Geld für rund 70 Personalstellen. Daher haben die Grünen eine 100-prozentige Ausfinanzierung der Personalstellenpläne beantragt.

Nachhaltige Verkehrspolitik

Die Kürzungen beim Bahnverkehr, die Verlängerungen der Fahrtzeiten und die ungünstigen Umstiegszeiten verprellen Pendler und Bahnkunden. M-V droht bahnpolitisch abgehängt zu werden. Strecken werden geschlossen, obwohl das Land rund 41 Millionen Euro aus den Mitteln des Bundes zur Finanzierung des Schienenverkehrs angespart hat. Darum haben die Grünen beantragt, Gelder zum Erhalt der Südbahn bereitzustellen.

Unser Fazit

Diese Regierung wird die Probleme des Landes auch weiterhin nicht anpacken. Von Kreativität, von Mut, von Visionen keine Spur! Es ist an der Zeit, dies grundsätzlich zu ändern.

Kein Grund zum Feiern

Weite Regionen werden im Stich gelassen



Foto: Cornelius Kettler

„Die Landesregierung gibt lieber Geld für lauter Unsinn aus.“

*Michael Andrejewski,
innenpolitischer Sprecher der NPD-Fraktion, in der
allgemeinen Aussprache zum Haushaltsplan 2016/2017*

Der Abgeordnete der NPD-Fraktion **Michael Andrejewski** machte deutlich, dass ein ausgeglichener Haushalt nicht per se ein Grund zum Feiern ist, denn zu fragen ist, wie ein solcher Haushalt zustande kommt.

Die Bahn zum Beispiel versuchte eine börsentaugliche Bilanz zu erreichen, indem sie ganz einfach ihre Infrastruktur verfallen ließ und nichts mehr investierte, damit der Gewinn stieg. Der Bund erreicht seine schwarze Null – zumindest noch – dank der Niedrigzinspolitik der EZB, um den Preis einer Massenteilenteignung der Sparer, die um ihre Zinseinnahmen gebracht werden, die sie noch zu D-Mark-Zeiten ganz leicht erreicht hätten, wo drei Prozent Zinsen normal waren, was aber dank der Schrottwährung Euro leider nicht mehr funktioniert.

M-V erreicht seinen ausgeglichenen Haushalt, indem es ganz bewusst weite Regionen abhängt und im Stich lässt. Das ist der gesamte ländliche Raum in Vorpommern und Mecklenburg, bis auf ein paar Tourismus-Hochburgen. Theoretisch blüht die Bildung, aber in der Praxis macht eine Dorfschule nach der anderen zu. Die Schulwege werden immer länger, die Kreis- und Gemeindestraßen befinden sich in manchen Regionen im Vor-DDR-Zustand, Krankenhäuser werden, wie in Wolgast, verstümmelt und wahrscheinlich bald ganz abgeschafft mit der Begründung, die müssten

sich halt rechnen. Als ob das nur eine Frage der Marktwirtschaft wäre! Genauso gut könnte man sagen, der Landtag muss sich rechnen, dann müsste man ihn dichtmachen, denn er macht keinen Gewinn.

Gestrichen aber gehören die Zuwendungen an politische Stiftungen und Verbände, denn das ist nichts anderes als eine weitere zusätzliche Parteienfinanzierung. Dann gibt es auch noch Zuwendungen für Projekte gegen Extremismus und Zivilcourage, also für Zivilcourage. Extrem sind nicht die NPD oder MVGida, extrem sind eine Million Zuwanderer pro Jahr.

Die Mittel für Asyl- und Flüchtlingsangelegenheiten wollen wir komplett gestrichen wissen, denn der Asylantenzustrom ist das Ergebnis eines glatten Rechtsbruchs. Frau Merkel hat das Dublin-III-Abkommen missachtet. Wir unterstützen das nicht. Was Mittel zur Integration von Ausländern angeht, so kann man sich die sparen. Die Ausländer, die nach Deutschland strömen, waren noch nicht einmal in ihren Heimatländern integriert. Integriert ist man nach unserer Überzeugung dann, wenn man sein Land in der Not nicht im Stich lässt, obwohl man etwas tun könnte. Die jungen Männer, die aus Syrien und Afghanistan kommen, könnten zu Hause für ihre Länder kämpfen.

NPD-Fraktion

Drucksachen zum Doppelhaushalt 2016/2017

Haushaltsbegleitgesetz

Gesetzentwurf der Landesregierung, Ds. 6/4199
Beschlussempfehlung und Bericht Finanzausschuss
Drucksache 6/4699

Haushaltsgesetz und Verbundquotenfestlegungsgesetz
Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 6/4200

Mittelfristige Finanzplanung 2015 bis 2020
Unterrichtung durch die Landesregierung
Drucksache 6/4198

Beschlussempfehlungen und Berichte Finanzausschuss
Drucksache 6/4700 – 4716

Änderungsanträge

DIE LINKE, 6/4908, 6/4910, 6/4911, 6/4913 – 4933, 6/4934 – 4939,
6/4962 und 6/4980 (6/4922 wurde zurückgezogen)
B' 90/DIE GRÜNEN Ds. 6/4946 – 4957
DIE LINKE und B' 90/DIE GRÜNEN Ds. 6/4909 und 6/4912
B' 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE Ds. 6/4960 und 6/4961
NPD Ds. 6/4974 – 4979, 6/4981 – 4985 und 6/4987 – 6/5021

Bald weniger Gemeinden?

Land will freiwillige Fusionen fördern

Gemeinden, die freiwillig fusionieren, sollen bis zu 200.000 Euro Prämie erhalten. Das sieht ein Vorschlag der Koalitionsfraktionen vor, der am 17. Dezember in erster Lesung beraten wurde. Ziel sei es, die „Kleinteiligkeit der Gemeindestrukturen“ aufzubrechen und die kommunale Selbstverwaltung zu verbessern. Der Gesetzentwurf orientiert sich an einer Gemeindereform in Österreich und wurde zur weiteren Beratung in die Ausschüsse verwiesen.

Mit dem Gesetzentwurf komme die Landesregierung Punkt 327 im Koalitionsvertrag nach, der die Erarbeitung eines Leitbildes zur „Gemeinde der Zukunft“ vorsehe, erklärte **Marc Reinhardt** (CDU). Dabei sei ganz bewusst „kein Idealbild“ vorgegeben worden, denn alle Gemeinden seien individuell und nicht direkt miteinander vergleichbar. Dass nicht die Regierung, sondern die Koalitionsfraktionen den Entwurf einbringen, verkürze das Abstimmungsverfahren, so Reinhardt. „Er wird zu heftigen Diskussionen in den Gemeinden führen“, ist er sich sicher. Das sei auch gut so, um die eigene Situation zu analysieren. Das Land werde diesen Prozess zwar mit beratenden Koordinatoren unterstützen. Eine von oben verordnete Gemeindefusion werde es jedoch nicht geben. Die letztliche Entscheidung treffe jede Gemeinde selbst. „Auch die Ablehnung einer Fusion ist ein Ergebnis, welches wir ausdrücklich zulassen.“

Eine kommunale Strukturreform, die allein aus fiskalischen Gründen erfolgt – das halte DIE LINKE nicht für sinnvoll. Eine solche Reform müsse auch die Selbstverwaltung stärken, die Daseinsvorsorge verbessern und zu einer soliden kommunalen Finanzausstattung führen, so **Jeannine Rösel**. „Diesbezüglich kommt der vorliegende Gesetzentwurf aber eher schmallippig daher.“ Der Gedanke, freiwillige Zu-

Gemeinden in M-V

Mecklenburg-Vorpommern besteht aus insgesamt **753** politisch selbstständigen Städten und Gemeinden. Diese verteilen sich wie folgt:
84 Städte (darunter die beiden kreisfreien Städte Rostock und Schwerin)
28 sonstige amtsfreie Städte
54 sonstige amtsangehörige Städte
669 sonstige Gemeinden, darunter **10** amtsfreie Gemeinden
659 amtsangehörige Gemeinden
 54 Städte und 659 Gemeinden haben sich zur Erledigung ihrer Verwaltungsgeschäfte zu 76 Ämtern zusammengeschlossen.

sammenschlüsse zu fördern, sei zudem nichts Neues. „So weit waren wir bereits 2011“, als die Enquete-Kommission *Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung* entsprechende Empfehlungen gegeben habe. „Man gewinnt den Eindruck, dass hier politisch auf Zeit gespielt wurde.“ Zeit, die Gemeinden angesichts zunehmend nicht genehmigter Haushalte allerdings nicht mehr hätten. Ihre Fraktion halte den Gesetzentwurf im Grunde zwar für ein „diskutables Angebot“. Gleichwohl seien noch viele für Gemeinden existenzielle Fragen offen. „Wir werden deshalb auf ein gründliches Anhörungsverfahren drängen.“

Innenminister **Lorenz Caffier** begrüßte „ausdrücklich“ den „Respekt vor der kommunalen Selbstverwaltung“ im Gesetzentwurf. „Jede Gemeinde muss sich selbst die Frage beantworten, ob sie zukunftsfähig ist. Weder die Rechtsaufsichtsbehörde noch die Landesregierung noch irgendein kluger Gutachter können und sollen das übernehmen.“ Diese „eigenverantwortliche Bestandsaufnahme“ – und nicht die finanzielle Förderung – sei in seinen Augen der Kernpunkt des Gesetzentwurfs. Das Leitbild auszuarbeiten, sei ein langer Prozess gewesen, für den es keine „Blaupause“ gegeben habe. Maßgeblich seien dabei die „theoretische Grundsatzfrage“ gewesen, was eine Gemeinde zukunftsfähig mache, und „die praktischen Eindrücke aus 76 Ämterbereisungen“. Im Ergebnis sei auch auf die Vorgabe von Mindesteinwohnerzahlen verzichtet worden. Denn die Erfahrung zeige: „Die Zukunftsfähigkeit von Gemeinden lässt sich nicht pauschal an einer Einwohnerzahl festmachen.“

„Ich halte es für wichtig, dass wir aus den Schubladen der bisherigen Strukturen herauskommen und ein weiteres Modell zur Erprobung freigeben“, machte **Heinz Müller** (SPD) seinen Standpunkt deutlich. Sich von Mindestgrößen zu verabschieden und die Zukunftsfähigkeit einer Gemeinde an inhaltlichen Kriterien wie Verwaltungskraft, Vitalität des Ortes, finanzielle Situation und Zustand der örtlichen Demokratie auszurichten, sei der richtige Weg, auch mit Blick auf den demografischen Wandel. Die Zukunftsfähigkeit einer Gemeinde hänge dabei nicht von einem Merkmal allein ab. Es gehe um das Gesamtbild. Dass fusionswillige Orte eine Prämie erhalten, sei sicher. Jede Fusion mit dem gleichen Betrag zu unterstützen, halte er jedoch „nicht für sinnvoll“. Sie sollte seiner Meinung nach vielmehr davon abhängen, ob ein besonderer Handlungsbedarf bestehe oder nicht. „Das wird ein umfassender Diskussionsprozess.“

„Mit dem Gesetz verfolgt die Landesregierung das Ziel, kleinere Gemeinden zu einem auf den ersten Blick freiwilligen Zusammenschluss zu bewegen“, sagte **Stefan Köster** (NPD). Ähnliche Vorhaben habe es in der Vergangenheit bereits gegeben. „Offensichtlich aber ohne Erfolg.“ Er schätze den „Vollzugsaufwand“ des Gesetzesvorhabens auf 500.000 Euro. „Die NPD-Fraktion lehnt Ihre Zentralisierung und Ihre Infrastrukturabbaumaßnahmen ab.“

Nachdem Innenminister Caffier während seiner Rede eine Zwischenfrage von **Johann-Georg Jaeger** abgelehnt hat-

te, ergriff der Grünenpolitiker vor dem eigentlichen Hauptredner seiner Fraktion kurz das Wort. Darin kritisierte er das Vorhaben, Gemeinden, in denen die Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen unter 50 Prozent liege, die Zukunftsfähigkeit abzusprechen. „Das ist die Einführung einer Wahlpflicht durch die Hintertür.“

„Was würde es denn bedeuten, wenn das Land bei der Wahlbeteiligung unter 50 Prozent fallen würde?“, knüpfte **Johannes Saalfeld** (B'90/DIE GRÜNEN) an seinen Fraktionskollegen an. „Hieße das dann auch, dass es keine Zukunft hätte und mit einem anderen Bundesland fusionieren sollte?“ Aus Sicht seiner Fraktion enthalte der Gesetzentwurf noch viele offene Fragen. „Wie sollen praktikable Zusammenschlüsse sichergestellt werden? Wie viele Gemeinden sollen zum Schluss fusioniert sein? So etwas sollte vorher feststehen!“ Für berechtigt halte er auch die Kritik des Städte- und Gemeindetages, dass der Entwurf aus der Mitte des Parlaments und nicht von der Landesregierung eingebracht werde. Damit habe man offenbar eine sonst vorab nötig gewesene Verbandsanhörung umgehen wollen, so seine Vermutung. Kritik übte er zudem daran, dass das Geld für die Fusionsprämien aus dem kommunalen Aufbaufonds stamme. „Das ist in etwa so, als ob bei einer Hochzeit die Partner das Geld selbst mitbringen und keine Geschenke bekommen. Das ist schade und macht Fusionen nicht attraktiv.“
Gesetzentwurf CDU/SPD-Koalition, Drucksache 6/4846

Bahn-Pendler brauchen Geduld

Verbesserungen der Fahrzeiten kurzfristig kaum möglich

Längere Fahrzeiten, veränderte Abfahrten, Ankünfte und Anschlüsse – der neue Fahrplan der Bahn hat Umstellungen mit sich gebracht, die insbesondere bei Berufspendlern in M-V für Unmut sorgen. Betroffene haben ihrem Ärger bereits in einer Petition an Verkehrsminister Christian Pegel und die Bahn AG Luft gemacht. In der Dezember Sitzung des Landtages griffen auch die Linken das Thema auf. Ihr Antrag, Verhandlungen mit der Deutschen Bahn aufzunehmen, wurde zwar mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen abgelehnt. Verkehrsminister Pegel kündigte aber an, an Lösungsansätzen für den Nahverkehr zu arbeiten.

„Die Deutsche Bahn kündigte ihren neuen Fahrplan unter dem Motto schneller, öfter, komfortabler an. Das klingt in den Ohren der betroffenen Reisenden wie Hohn“, sagte **Dr. Mignon Schwenke** (DIE LINKE). Es dürfe nicht sein, dass schnellere Reisezeiten auf der nun fertigen Strecke zwischen Nürnberg und Berlin dazu führten, dass im Norden die An-



Fernzüge haben Vorfahrt – Pendler müssen warten.

Foto: Jens Büttner

schlüsse nicht mehr passten und Pendler lange Wartezeiten beim Umsteigen oder Vorbeilassen eines Fernzugs in Kauf nehmen müssten. Sie kritisierte, dass die Bahn im Sommer dem Ausschuss zwar die geplanten Investitionen vorgestellt habe. „Aber von den gravierenden Auswirkungen auf den Fahrplan hörte ich kein Wort.“ Ihre Fraktion erwarte, dass das Land „sofort“ Verhandlungen mit der Bahn aufnehme, um zum nächsten Fahrplanwechsel Verbesserungen zu erreichen. „Der Bahn muss auch von politischer Seite klar gemacht werden, dass man so nicht agieren kann. Schon deshalb wäre es notwendig, dass alle demokratischen Fraktionen diesen Antrag mittragen.“

Die Einschränkungen im Nahverkehr seien die Kehrseite von Baustellen und verbesserten Fernverbindungen, entgegnete Verkehrsminister **Christian Pegel**. „Wir können gerne über die Bahn schimpfen. Im Fernverkehr gibt es aber Regeln, die nicht in diesem Landtag gemacht werden.“ Die Bahn habe im Juni alle Veränderungen im Detail im Energieausschuss dargelegt. „Da wäre Gelegenheit gewesen, sie Maß zu nehmen.“ Nun so zu tun, als ließen sich mit „ein bisschen Verhandlung und politischem Willen“ kurzfristig Verbesserungen finden, halte er auch in Vorwahlkampfzeiten nicht für angebracht. „Alle Züge sind in ein Taktsystem eingebettet. Sie können nicht eine Stellschraube drehen, sondern müssen das gesamte System neu justieren.“ Gleichwohl kündigte er an, sich um Lösungen zu bemühen. Kurzfristig werde nach freien Fahrlagen in Rush-Hour-Zeiten gesucht, mittelfristig nach alternativen Bahnhöfen, in denen Fernzüge Regionalzüge überholen könnten. Langfristig solle ein Gutachten neue Taktmöglichkeiten erarbeiten. Das werde jedoch „viele Monate dauern“.

„Von unakzeptablen Fahrzeitverlängerungen“ zu sprechen, halte er für „weit hergeholt“, sagte **Dietmar Eifler** (CDU) an die Linken gewandt. Natürlich seien längere Fahrzeiten für Pendler nicht erfreulich. „Was Sie aber machen, das ist rasantes Wahlkampfgeratter, Frau Schwenke!“ Die Probleme seien schließlich nicht erst seit dem Fahrplanwechsel bekannt. Die Diskussionen dazu hätten sich seinerzeit im Energieausschuss jedoch sehr in Grenzen gehalten. Am Ende seien die veränderten Takte die Konsequenz aus Investitionen ins Streckennetz, Bauarbeiten und eine bessere Anbindung von M-V an Fernzüge. Die Landesregierung

aufzufordern, aktiv zu werden, erübrige sich mit den Ausführungen von Verkehrsminister Pegel. „Aus diesem Grund werden wir Ihren Antrag ablehnen.“

„Bei allen Verbesserungen im bundesweiten Fernverkehr werden wir bei den Verbindungen nach Hamburg leider abgehängt“, resümierte **Johann-Georg Jaeger** von den Grünen. Fraglich bleibe für ihn, warum der Minister das Gutachten erst jetzt in Auftrag gegeben habe, wenn doch schon im Sommer klar gewesen sei, welche Verschlechterungen „auf uns zurollen“. Ihm sei jedoch auch klar, dass es keine einfache Lösung geben werde, dazu sei die Bahn viel zu sehr vernetzt. Um besonders betroffenen Personengruppen kurzfristig zu helfen, schlug er vor, Buslinien in Lösungsansätze einzubeziehen. Von „Wahlkampfgetöse“ könne dabei keine Rede sein. „Wir alle kämpfen dafür, dass möglichst viele Leute in die Bahn umsteigen oder ihr die Treue halten, auch wenn es jetzt mal in bestimmten Bereichen knirscht. Deshalb ist es gerechtfertigt, dass wir uns als Landtag intensiv damit beschäftigen.“

Die Dramatik, die sich jetzt in Teilen des Landes zeige, sei ihm damals, als die Bahn ihr Konzept im Energieausschuss vorgestellt habe, nicht aufgefallen, gab sich **Jochen Schulte** (SPD) selbstkritisch. „Wir haben ein grundsätzliches Problem, da gebe ich Ihnen Recht, Frau Schwenke.“ Das lasse sich jedoch nicht so einfach lösen, weil der Schienenpersonennahverkehr am Ende einer Kette liege und sich dem Fernverkehr unterordnen müsse. „Ich bin mir deshalb nicht sicher, ob kurzfristig wirklich sehr viel zum Positiven verändert werden kann. Man sollte es aber trotzdem versuchen, das ist nicht die Frage.“ Er regte an, im Verkehrsausschuss noch einmal das Gespräch mit Vertretern der Deutschen Bahn zu suchen. Schulte bedauerte aber auch, dass die Linken im Vorfeld nicht das Gespräch mit den demokratischen Fraktionen gesucht hätten, um gemeinsam etwas aus dem Thema zu machen. So sei der vorliegende Antrag jedenfalls nicht zielführend, „weil wir uns innerhalb bestehender Verkehrsverträge befinden“.

Im Anschluss ergriffen noch einmal **Dr. Mignon Schwenke** und Verkehrsminister **Christian Pegel** das Wort. Die Linkspolitikerin blieb dabei: „Das Bahnangebot in unserem Land ist ein Desaster.“ Die Landesregierung müsse nun dringend Schadensbegrenzung betreiben. Das geplante Gutachten werde am Ende den kompletten integrierten Fahrplan „von innen auf außen krepeln“ und „vielen Menschen neue Fahrzeiten zumuten“, kündigte Minister Pegel an. Das Land habe bis zuletzt versucht, im bestehenden System Verbesserungen zu erreichen. Deshalb sei das Gutachten nicht schon im Sommer ausgelöst worden. Natürlich könnte das Land auch mit Geld mehr Fernverkehr bestellen. „Da zucke ich aber total. Wenn wir an einer Stelle damit anfangen, bin ich mir sicher, dass wir keine Fernverkehrsverbindung mehr von der Bahn bekommen werden, ohne, dass diese sofort die Hand aufhält.“

Die NPD beteiligte sich nicht an der Debatte.

Antrag *DIE LINKE* Drucksache 6/4853

Pflegeberufe stärken

Landtag diskutierte über Sozialbericht der Landesregierung

Ob Bezahlung, Arbeitsbedingungen oder Image – die Pflegeberufe in M-V sollten dringend aufgewertet werden. Nicht zuletzt, um einem drohenden Fachkräftemangel zu begegnen. Zu diesem Ergebnis kommt ein Sozialbericht, den die Landesregierung zur Situation der Pflegeberufe in Auftrag gegeben hatte. Am 17. Dezember befasste sich der Landtag in einer Aussprache mit der Analyse. Einigkeit herrschte in allen Fraktionen darüber, dass gehandelt werden müsse. Bei der Frage nach dem Wie gingen die Meinungen jedoch auseinander.

„Ich freue mich, dass die Sozialberichterstattung es auf die Tagesordnung des Landtages geschafft hat“, sagte Sozialministerin **Birgit Hesse**. Denn: „Die Pflege gehört zu den wichtigsten Zukunftsthemen in Mecklenburg-Vorpommern“ und der Bericht sei eine gute Grundlage, Lösungsansätze zu diskutieren. Er habe einmal mehr gezeigt, dass das Berufsbild deutlich aufgewertet werden müsse. Insbesondere bei der Bezahlung, dem Image und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. „Vieles in dem Bericht ist daher ein Appell an die Arbeitgeber.“ Gleichwohl sei auch die Politik gefragt, einen „guten Rahmen“ dafür zu setzen. „Und das passiert ja auch.“ So habe das Land beispielsweise die Zahl der Schulplätze und die Finanzhilfen fürs Schulgeld erhöht, ein Pflegestellenförderprogramm aufgelegt und unterstütze Kommunen bei der Pflegesozialplanung. Überrascht habe sie das mehrheitliche Votum für eine Pflegekammer. „Wir werden das Für und Wider politisch diskutieren.“

Das Gute am Sozialbericht sei, „dass er endlich vorliegt“, so **Karen Stramm** von den Linken. „Nach den Antworten der Landesregierung auf meine Kleinen Anfragen dazu hatte ich fast schon nicht mehr damit gerechnet.“ Mehr Positives könne sie ihm aber nicht abgewinnen. Dass der Bedarf an Pflegekräften steige und die Pflege durch bessere Arbeitsbedingungen und Entlohnung aufgewertet werden müsse, sei nichts Neues. „Für Erkenntnisse dieser Qualität hätte es keines externen wissenschaftlichen Beratungsinstituts bedurft.“ Zumal sich die Enquete-Kommission nahezu zeitgleich mit dem Thema Pflege beschäftigt habe. „Auch für sie wurden Studien angefertigt, die am Ende in Handlungsempfehlungen für die Landesregierung münden.“ Hier habe die Landesregierung Steuergeld verschwendet. Zweifelhaft sei zudem, ob das Votum für eine Pflegekammer repräsentativ sei. Schließlich seien von den 29.500 Pflegekräften nur 854 befragt worden.



Foto: Jens Büttner

Altenpflegerin Sandra Groß im Caritas Pflegeheim Wittenburg hat Freude an ihrer Arbeit.

Sozialberichte zu ausgewählten Themen seien Teil der Koalitionsvereinbarung, verteidigte **Maika Friemann-Jennert** (CDU) die Analyse. Die Zahlen darin seien „sehr aussagekräftig“, manche Handlungsempfehlungen jedoch aufgrund paralleler Expertisen für die Enquete-Kommission „schon überholt“. Ihre Fraktion sehe die vielen Probleme in der Pflege ebenfalls, aber auch Lösungsansätze: „Mit der Pflegereform auf Bundesebene wird dafür Sorge getragen, dass sich die Pflegeleistungen künftig noch besser an den individuellen Bedürfnissen der Menschen orientieren.“ Am Befragungsergebnis zur Pflegekammer interessiere sie vor allem, „weshalb Beschäftigte aus dem stationären Bereich sie deutlich stärker befürworten als aus der ambulanten Pflege“. Sie plädierte dafür, bei allen Diskussionen über eine Kammer nicht aus dem Blick zu verlieren, „dass wir kein Pflege-Bürokratiemonster benötigen, sondern ganz dringend Pflegepersonal vor Ort“.

Ähnlich wie Karen Stramm wunderte sich auch **Silke Gajek** von den Grünen darüber, dass der Sozialbericht so lange habe auf sich warten lassen. „Viele Sachen, die da drin stehen, haben wir bereits in der Enquete-Kommission erfahren.“ Anders als die Linken halte ihre Fraktion eine Pflegekammer jedoch für einen unverzichtbaren Baustein, um die Situation für die Beschäftigten aufzuwerten. Das Kammerwesen in Deutschland zeige, „dass ein Berufsstand dann eine größere Bedeutung bekommt“. Das sei auch vor dem Hintergrund wichtig, dass die Pflege nach wie vor eine Frauendomäne sei und der Pflegebedarf steigen werde. „M-V hat mit 4,1 Prozent mit Abstand den höchsten Anteil an Pflegebedürftigen bundesweit und mit 97 Prozent die höchste

Auslastung der vollstationären Pflege.“ Sie forderte SPD und CDU auf, dem Bericht Taten folgen zu lassen. „Wir brauchen Antworten für die Fläche, die Löhne und Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, so Gajek. „Daran werde ich Sie messen.“

Jörg Heydorn (SPD) verteidigte den Sozialbericht gegen die Kritik der Linken. Er sei alles andere als überflüssig; allein schon aufgrund seiner methodischen Herangehensweise. Anders als in den Gutachten für die Enquete-Kommission stehe hier die Befragung der Akteure im Mittelpunkt. Um die Pflegeberufe aufzuwerten, müssten vor allem die Rahmenbedingungen stimmen – insbesondere bei der Vergütung. Das werde gerade vor dem Hintergrund des vom Bund geplanten Pflegeberufe-Gesetzes maßgeblich sein. Denn das Gesetz sehe vor, die Ausbildung in der Kranken-, Alten- und Kinderkrankenpflege zusammenzuführen. Derzeit seien Unterschiede von 1000 Euro brutto in diesen Bereichen keine Seltenheit. Um Pflege in einem Flächenland wie M-V zu organisieren, brauche es nach seinem Dafürhalten einen „Versorgungsmix“ aus Fachkräften, Angehörigen und bürgerschaftlich Engagierten.

Die Studie stelle zu Recht fest, dass dem schlechten Berufsbild entgegengewirkt werden müsse, sagte **Stefan Köster** (NPD). Die „skandalösen und ausbeuterischen Verhältnisse“ im Pflegebereich seien das Ergebnis „einer verfehlten Politik“. Zeitnot sei nicht das einzige Problem, mit dem sich Pflegekräfte „herumplagen müssen“. Seine Fraktion fordere Maßnahmen, die das bislang undurchschaubare Finanzierungssystem der Pflege auf den Kopf stellen. „Eine bessere Entlohnung der Beschäftigten ist aus dem System heraus

ohne Mehrkosten finanzierbar.“ Dem Fachkräftemangel mit „der Anwerbung ausländischer Fachkräfte“ zu begegnen, halte er für die falsche Strategie. „Dieses Herrschaftsdenken fügt nicht nur den Herkunftsländern schwere Schäden zu, sondern belegt auch Ihre Orientierungslosigkeit.“

„Was die NPD zum Lösen der Herausforderungen beizutragen hat, sehen wir immer sehr eindrücklich in der Enquete-Kommission – nämlich gar nichts“, entgegnete **Julian Barlen** (SPD), bevor er ein Plädoyer für die Pflegekammer hielt.

Allein die negativen Äußerungen der Arbeitgeberseite im Vorfeld der Debatte hätten deutlich gemacht, wie wichtig eine „qualifizierte öffentliche Vertretung der Arbeitnehmerinteressen“ sei. Eine Kammer „als Lobbyismus abzutun“, werde der Sache nicht gerecht und zeige, dass die Linken ihren „sozialpolitischen Kompass“ verloren hätten. Die Repräsentativität der Studie anzuzweifeln, sei ebenfalls unangebracht. „Wissen Sie, wie viele Leute befragt werden, wenn bundesweite Erhebungen zur Stimmabgabe bei einer Wahl erhoben werden? 1024!“ Natürlich könne eine Pflegekammer allein die bestehenden Probleme nicht lösen. Aber wenn sich die Mehrheit der Pflegekräfte dafür ausspreche, könne das auch nicht einfach übergangen werden.

Sozialbericht der Landesregierung Drucksache 6/4848

Krankenhausversorgung in M-V

In einer weiteren Aussprache befasste sich der Landtag mit der Krankenhausversorgung im Land. „Das Gesundheitssystem ist krank“, sagte Karen Stramm von den Linken, die die Debatte initiiert hatten. Landesweit fehlten in den Kliniken rund 1.700 Pflegekräfte und 180 Ärzte. Dies mache sich vor allem in ländlichen Regionen bemerkbar. Ein Grund dafür liege in den „falschen Anreizen“ im Gesundheitswesen. Anstelle hoher Renditen müsse der Patient wieder stärker im Fokus stehen, so Stramm. Ihre Fraktion fordere eine Kliniklandschaft, die gut zu erreichen ist und „unter guten Arbeitsbedingungen qualitativ hochwertige Arbeit ermöglicht“. Die Kritik der Linken ließ die Koalition nicht unwidersprochen. „Die Landesregierung verfolgt kontinuierlich das Ziel, die medizinische Versorgung für die Patienten daran auszurichten, was sie brauchen, und diese Angebote ohne allzu lange Wege verfügbar zu machen“, erwiderte Sozialministerin Birgit Hesse. Dabei dürfe aber auch die Wirtschaftlichkeit nicht aus dem Blick verloren werden. Deshalb sei es logisch, dass spezielle Angebote an einzelnen Standorten gebündelt werden müssten, waren sich die Redner von SPD und CDU einig.

Nicht genug ausgelastet

Land hält an Schließung der Wolgaster Geburtsstation fest



Zu geringe Fallzahlen, zu hohe Kosten: Im Kreis Krankenhaus in Wolgast können künftig keine Kinder mehr geboren werden. Die Geburtsabteilung wurde vor Weihnachten geschlossen. Die Kinderstation soll demnächst ebenfalls aufgelöst und in Anklam gebündelt werden. Diese Umstrukturierung stieß in der Bevölkerung und bei Klinikmitarbeitern vor Ort auf erhebliche Proteste. Auch die Grünen sahen darin eine Schwächung der regionalen medizinischen Versorgung. Sie warfen der Landesregierung vor, mit den Schließungsplänen vom Krankenhausplan abzuweichen, und beantragten in der Dezember-sitzung, beide Abteilungen in Wolgast zu erhalten. Das fand in namentlicher Abstimmung allerdings keine Mehrheit.

Angesichts steigender Geburtenzahlen eine Geburtsstation schließen zu wollen, „finde ich schon arg krass“, sagte **Silke Gajek** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Für ihre Fraktion gehöre sowohl eine Kinder- als auch eine Geburtshilfestation „zur Basisausstattung eines Krankenhauses“, das sich der Grundversorgung verschrieben habe. Mehr als 400 betreute Schwangere und rund 1.500 stationär behandelte Kinder pro Jahr hätten Wolgast zu einer wichtigen medizinischen Anlaufstelle gemacht. Sie aufzugeben, schwäche die Region und stehe zudem „im klaren Widerspruch“ zu einem Landtagsbeschluss vom 1. Juli, der eine wohnortnahe Geburtshilfe „ganz ausdrücklich“ für „unverzichtbar“ erkläre. Gajek bedauerte, dass mit den „vorhandenen Rahmenbedingungen“ nicht „etwas Neues“ ausprobiert worden sei, beispielsweise „ein Hebammengeführter Kreißsaal, eine interdisziplinär geführte Geburtsstation oder ein Eltern-Kind-Zentrum“. Fest stehe für sie zudem: „Bei dem derzeitigen Vergütungssystem werden Geburtsstationen nie gewinnorientiert arbeiten.“

Sie könne verstehen, dass sich die Bürger vor Ort für den Erhalt der Abteilungen einsetzen, erwiderte Sozialministerin **Birgit Hesse**. „Man muss sich aber auch anschauen, wofür man sich ins Zeug wirft.“ Wenn Fallzahlen zurückgehen, komme man aus wirtschaftlichen und qualitativen Gründen nicht umhin, Leistungsschwerpunkte zu setzen. Eine Entscheidung, die den Standort Wolgast „keineswegs“ schwäche, widersprach sie Kritikern und kündigte umfangreiche Investitionen in die Geriatrie und die Notaufnahme an – insgesamt mehr als zehn Millionen Euro. „Glauben Sie mir: Der Standort wird bombensicher sein.“ Zudem wolle die Kassenärztliche Vereinigung helfen, ambulante kinder-

medizinische Angebote am Wolgaster Krankenhaus zu errichten. Im Übrigen habe ihr Ministerium die Entscheidung, die Fachgebiete aus Wolgast in Anklam zusammenzuführen, nicht allein getroffen. „Sie wird von vielen Schultern getragen“ und entspreche „sowohl der Intention des Landeskrankenhausgesetzes als auch der des Krankenhausplans“. „Damit sichern wir beide Standorte: Anklam und Wolgast.“

Wer alle 37 Krankenhausstandorte im Land erhalten möchte, müsse zu Strukturveränderungen bereit sein, argumentierte auch **Detlef Lindner** (CDU). Demografischer Wandel und wirtschaftliche Entwicklungen ließen keine andere Wahl. „Eine Angebotsverlagerung ist jedoch keine Qualitätsverminderung an sich“ und mache Wolgast auch nicht zu einem Verlierer. Die Errichtung einer geriatrischen Tagesklinik und der Ausbau der Intensiv- und Notfallmedizin sicherten dem Standort gute Zukunftsprognosen und Entwicklungschancen. „Damit bleibt Wolgast ein Zentrum der medizinischen Versorgung im Landkreis Vorpommern-Greifswald.“ Der CDU-Politiker warnte davor, die Krankenhäuser gegeneinander auszuspielen. „Das ist definitiv nicht der richtige Weg“, sagte er an Silke Gajek gewandt. „Ich hoffe, dass Sie wenigstens bei diesem Thema die Wahlkampfbrille wieder abnehmen.“

Noch im April habe Sozialministerin Hesse öffentlich erklärt, die Kinderstation und die Geburtshilfe würden nicht geschlossen werden, erinnerte **Torsten Koplín** (DIE LINKE). Ein dreiviertel Jahr später mache sie das Gegenteil. „Die Diskussion über Geburtenentwicklung, Fallzahlen und Fachkräfte“ sei dabei nur die „halbe Wahrheit“. „Tiefer gesehen geht es um die Ökonomisierung des Gesundheitswesens.“ Die Frage sei, ob die durch das Krankenhausfinanzierungsgesetz und durch die Sozialgesetzbücher vorgegebene Abwägung zwischen Wirtschaftlichkeit und sozialer Gerechtigkeit zu einer klugen Entscheidung geführt habe. Seine Fraktion hätte eine trägerübergreifende Kooperation für die bessere Lösung gehalten. „Die Linke war immer für den Erhalt beider Standorte.“ Eine patientengerechte und wohnortnahe Gesundheitsversorgung dürfe sich nicht allein „an ökonomischen Daten“ orientieren.

Julian Barlen (SPD) hob hervor, dass die Initiative für die Umstrukturierung von den beiden Krankenhäusern selbst ausgegangen sei. Die vereinbarte Lösung sei „ganz sicher nicht

Persönliche Erklärung

Der CDU-Abgeordnete Torsten Renz hat sich an der Abstimmung nicht beteiligt. In einer anschließenden persönlichen Erklärung begründete er dies mit einem Twitterbeitrag von Ulrike Berger (B' 90/DIE GRÜNEN). Diese hatte während der Sitzung getwittert: „Finde, dass zu der Situation der Geburtshilfe in Vorpommern nur die Frauen abstimmen sollten. Was Männer hier reden, geht gar nicht.“ So etwas zu twittern, so Renz, sei „beschämend“ und eine „Unverschämtheit und Respektlosigkeit gegenüber den Abgeordneten“.

populär“, aber „notwendig“, um „einen ruinösen Wettbewerb“ zu verhindern. Er betonte, dass sie nicht die Arbeit der Beschäftigten abwerte. „Im Gegenteil: Auch in Zukunft werden in der Region Vorpommern-Greifswald alle Arbeitskräfte gebraucht, die einen Versorgungsbeitrag leisten können.“ Um auch weiterhin einen „Versorgungsmix“ aus „klinischer Entbindung“, „ambulanter und teilstationärer Versorgung“ und „pädiatrischer Hochleistungsmedizin“ gewährleisten zu können, gelte es außerdem, neben Kliniken, Frauen- und Kinderärzten auch die Hebammen fest in das regionale Versorgungsnetzwerk einzubinden. Dank wiederholter Initiativen von SPD und CDU auf Landes- und Bundesebene seien inzwischen entsprechende Maßnahmen angestoßen worden. Der Antrag der Grünen greife vor diesem Hintergrund hingegen deutlich zu kurz.

Stefan Köster (NPD) bezeichnete die Schließung der beiden Stationen in Wolgast als „Infrastrukturabbaupolitik“. Das Beispiel Boizenburg zeige, dass Teilschließungen häufig der Anfang vom Ende seien. „Die Aktion des Ministeriums dient nicht dem Erhalt der Gesundheitsversorgung, sondern ist aus reinem Profitstreben gewachsen.“ In Anbetracht von „mehr als ausreichenden Krankenkassenbeiträgen und Steuern“ seien Forderungen aus der Bevölkerung nach einer wohnortnahen medizinischen Versorgung nicht nur berechtigt, sondern die Politiker auch zum Handeln verpflichtet. „Es kann nicht sein, dass die Bürger in der Fläche schlechter versorgt werden als in den Kerngebieten des Landes.“

Nach Ansicht von **Bernd Schubert** (CDU) habe der Redebeitrag der Linken so manche „Halbwahrheit“ enthalten, die es richtigzustellen gelte. Auslöser für die Veränderungen sei nicht die Sozialministerin gewesen, sondern die Krankenhausträger selbst. Im Ergebnis seien sich alle Beteiligten bei den Spezialisierungen einig gewesen. „Das muss man akzeptieren.“

Im Verlauf der Debatte hatten die Grünen eine namentliche Abstimmung beantragt. Daran beteiligten sich 47 Abgeordnete. Am Ende wurde der Antrag mit 26 Nein- und 21 Ja-Stimmen abgelehnt.

Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/4854



Foto: Uwe Baleski

Der NDR berichtet regelmäßig in seinem „Nordmagazin“ von den Debatten im Plenarsaal.

Weitere Beschlüsse

Vergabegesetz

Das Land vergibt Aufträge weiterhin nur an Unternehmen, wenn diese sich verpflichten, ihren Mitarbeitern einen Stundenlohn von mindestens 8,50 Euro brutto zu bezahlen. Auch dann, wenn bundesweite Regelungen Ausnahmen vom gesetzlichen Mindestlohn zulassen würden. Das stellt das überarbeitete Vergabegesetz klar. Gleichzeitig werden darin jedoch Mindestgrenzen festgelegt, ab denen das Gesetz gilt: bei Dienstleistungen ab einem Auftragswert von 10.000 Euro, bei Bauleistungen liegt er bei 50.000 Euro. Das stößt bei der Opposition auf heftige Kritik. Diese Regelung weiche den Mindestlohn auf, so der Vorwurf. Für die Beurteilung, ob ein Angebot im Vergleich gesehen angemessen ist oder nicht, ist künftig eine Abweichung von mindestens 20 Prozent maßgeblich. Bisher waren es 10 Prozent. Zudem wurde das 2011 eingeführte Gesetz entfristet.

Gesetzentwurf CDU/SPD-Fraktion Drucksache 6/4590

Beschlussempfehlung Wirtschaftsausschuss 6/4896

Änderungsanträge DIE LINKE Drucksachen 6/4963 bis 6/4966

Änderungsanträge B' 90/DIE GRÜNEN Drucksachen 6/4958, 6/4968 bis 6/4970

Schulgesetz

Schwerin und Rostock müssen Schuleinzugsbereiche festlegen. Das soll zum einen die Ungleichbehandlung zwischen den Kreisen und kreisfreien Städten beenden. Zum anderen ist das die Voraussetzung dafür, um nach Prüfung der Mehrkosten künftig gegebenenfalls auch Schülern in den beiden Städten die Fahrtkosten zu erstatten, wenn der Weg zur örtlich zuständigen Schule länger als zwei (Grundschulen) oder vier Kilometer (weiterführende Schulen) ist. Bisher zahlt das Land entsprechende Zuschüsse nur in den Landkreisen. Drittens sollen Schuleinzugsbereiche sicherstellen, dass an der örtlich zuständigen Schule ein Aufnahmeanspruch besteht. Die am 17. Dezember verabschiedeten Änderungen im Schulgesetz regeln aber auch, dass Eltern bei mehreren Grundschulen im Ort von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen können, bei fehlenden Kapazitäten aber keinen Aufnahmeanspruch in der nicht zuständigen Schule haben.

Gesetzentwurf SPD/CDU und DIE LINKE Drucksache 6/4524

Beschlussempfehlung Bildungsausschuss Drucksache 6/4890

Naturschutz

Landwirtschaftlich genutzte Wiesen oder Weiden dürfen weiterhin nicht in gewinnträchtiges Ackerland umgewandelt werden. Der Landtag hat das 2012 beschlossene und zunächst bis Ende 2015 befristete Dauergrünlanderhaltungsgesetz um weitere fünf Jahre verlängert. Das soll dem Natur- und Artenschutz dienen und einem fortschreitenden Verlust von Dauergrünland Einhalt gebieten. Der Hand-

lungsbedarf ergab sich für die Koalition aus der Entwicklung der Bodenpreise für einen Hektar Ackerland, die laut Landwirtschaftsministerium vielfach mehr als 10.000 Euro über denen für Grünland lägen.

Gesetzentwurf SPD/CDU-Koalition Drucksache 6/4589

Beschlussempfehlung Agrarausschuss Drucksache 6/4878

Änderungsantrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/4973

Brandschutz



Foto: Jens Büttner

Wer in seiner Wohnung keinen Rauchmelder installiert, begeht eine Ordnungswidrigkeit und muss künftig mit einem Bußgeld rechnen. Das ergibt sich aus den Änderungen im Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetz, die der Landtag im Dezember beschlossen hat. Diese ermöglichen Kameraden nun auch Doppelmitgliedschaften in Feuerwehren am Wohn- und am Arbeitsort. Das soll die Tageseinsatzbereitschaft verbessern. Darüber hinaus wurden die Regelungen zur beruflichen Freistellung von Feuerwehrleuten erweitert, ebenso der Umfang kostenpflichtiger Einsätze. Sie gelten nun auch für solche, die zum Beispiel durch ausgelaufenes Motorenöl nötig werden.

Gesetzentwurf Landesregierung Drucksache 6/4642

Beschlussempfehlung Innenausschuss Drucksache 6/4889

Standarderprobung

Städte, Gemeinden und Landkreise können auf Antrag weiterhin von landesrechtlichen Vorgaben abweichen, um Bürokratie abzubauen. Der Landtag hat das Kommunale Standarderprobungsgesetz bis Ende 2018 verlängert. Das Gesetz soll Kommunen die Möglichkeit geben, eigene Ideen auszuprobieren, um ihre Aufgaben unbürokratischer zu erledigen. Bislang haben sie diese Möglichkeit aber weit weniger genutzt, als von der Landesregierung erwartet. Das geht aus dem Abschlussbericht der Koalition zu dem Gesetz hervor. Demnach seien nach Inkrafttreten im November 2010 bis März 2015 insgesamt 38 Anträge gestellt worden. Von den 23 bewilligten bezogen sich 19 darauf, bei Bürgermeisterwahlen die Öffnungszeiten der Wahllokale zu verkürzen.

Gesetzentwurf Landesregierung Drucksache 6/4434

Beschlussempfehlung Europa- und Rechtsausschuss Drucksache 6/4891

Unterrichtung Landesregierung Drucksache 6/4443

Sozialhilfe

Das Land hat die Finanzierung der Sozialhilfe neu geregelt. Künftig soll es bei der Kostenerstattung keine Rolle mehr spielen, ob die gewährte Hilfe ambulant oder stationär erfolgt, weil sowohl das Land als auch die Kommunen über eine Quotenregelung an den Kosten beteiligt sind. Demnach bekommen die kreisfreien Städte ihre Kosten zu 72 Prozent und die Landkreise zu 82,5 Prozent erstattet. Darüber hinaus wird die örtliche und überörtliche Sozialhilfe bei den Kreisen und kreisfreien Städten zusammengeführt, eine Fachaufsicht durch das Sozialministerium eingeführt, ein Beirat auf den Weg gebracht und eine Evaluierungspflicht zum 1. Januar 2021 festgeschrieben. Das soll die Hilfebedürftigen und ihre Bedarfe stärker in den Mittelpunkt rücken und die im Ländervergleich überdurchschnittlich hohen Fallzahlen bei der stationären Betreuung senken.

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 6/4468

Beschlussempfehlung Sozialausschuss Drucksache 6/4898

Änderungsanträge B' 90/DIE GRÜNEN

Drucksachen 6/4959, 6/4971, 6/4972, 6/5030

Änderungsanträge DIE LINKE Drucksachen 6/5023 und 6/5025

Änderungsantrag SPD/CDU-Koalition Drucksache 6/5024

Volksinitiative Windräder

Die Volksinitiative, die Abstände zwischen Windrädern und Wohngebieten zu vergrößern, ist gescheitert. Der Landtag hat den Gesetzentwurf „Gegen unkontrollierten Ausbau von Windenergie“ am 16. Dezember nahezu einstimmig abgelehnt. Alles andere hätte die Energiewende im Land erheblich in Gefahr gebracht, so Energieminister Christian Pegel. Die Initiatoren hatten einen Mindestabstand gefordert, der dem Zehnfachen der Anlagenhöhe entspricht. Das wären in der Regel 2000 Meter. Derzeit gilt ein Abstand von 1000 Metern. Die Initiative „Freier Horizont“ hatte mehr als 22.000 Unterschriften für ihr Anliegen gesammelt und damit erreicht, dass sich der Landtag mit ihrem Gesetzentwurf befassen musste.

Gesetzentwurf Volksinitiative Drucksache 6/4450

Beschlussempfehlung Wirtschaftsausschuss Drucksache 6/4895

Beamtengesetz

Die bisherige Alters-Obergrenze von 40 Jahren für Verbeamtenungen in M-V bleibt bestehen. Der Landtag hat das Beamtengesetz geändert und darin nun auch die Höchstaltersgrenze verankert. Bislang war diese lediglich in einer Verordnung festgeschrieben. Hintergrund war eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Frühjahr 2015, die eine entsprechende Regelung in Nordrhein-Westfalen gekippt hatte. Demnach sei es verfassungswidrig, die Altersgrenze nur per Verordnung und nicht per Gesetz zu regeln. Das hatte nun auch M-V veranlasst, die Regelung rechtssicher zu machen.

Gesetzentwurf SPD/CDU-Koalition Drucksache 6/4471

Beschlussempfehlung Innenausschuss Drucksache 6/4888

Änderungsantrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/4967

Rundfunkstaatsvertrag

Rundfunkprogramme, die bundesweit ausgestrahlt werden, dürfen keine regional differenzierte Werbung senden. Das soll der regionalen Meinungsvielfalt und dem Schutz der regionalen Presse dienen. Der Landtag hat der Reglementierung im 18. Rundfunkänderungsstaatsvertrag zugestimmt. Die Novelle enthält aber auch einen so genannten Erlaubnisvorbehalt. Demnach obliegt es den Bundesländern, durch Regelungen in ihren landeseigenen Mediengesetzen davon abzuweichen. Ebenfalls zugestimmt hat das Parlament der Reform der ZDF-Gremien. Diese ergibt sich aus dem 17. Rundfunkänderungsstaatsvertrag. Sie sieht unter anderem eine Verkleinerung des Fernsehrats auf 60 Mitglieder vor, von denen maximal 20 staatliche oder staatsnahe Mitglieder sein dürfen. Auch der Verwaltungsrat wird verkleinert. Die Amtszeit wird zudem auf drei Jahre beschränkt.

Gesetzentwurf Landesregierung Drucksache 6/4643

Beschlussempfehlung Innenausschuss Drucksache 6/4887

Gesetzentwurf Landesregierung Drucksache 6/4566

Beschlussempfehlung Innenausschuss Drucksache 6/4886

Sicherheitstechnik

Wer eine Rohrfernleitung zum Transport von Gas oder brennbaren Flüssigkeiten betreibt, ist verpflichtet, diese regelmäßig prüfen zu lassen. Die Prüfstellen müssen behördlich anerkannt sein und überwacht werden. Das ist Aufgabe der Länder. Weil deren damit verbundener Aufwand nicht im Verhältnis zu der bundesweit kleinen Zahl an Prüfstellen steht, wurden diese Aufgaben nun auf die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS) übertragen. Der Landtag hat einem entsprechenden Abkommen zwischen Bund und Ländern zugestimmt. Die Kosten dafür werden nach dem Königsteiner Schlüssel auf die Länder verteilt. Für M-V wären das etwa 2.500 Euro im Jahr.

Gesetzentwurf Landesregierung Drucksache 6/4567

Beschlussempfehlung Sozialausschuss Drucksache 6/4897

Immunität

Der Landtag hat einmal mehr die Immunität von **Udo Pastörs** aufgehoben. Damit ist der Weg frei, dass sich das Disziplinargericht der Bundeswehr mit einer Klage gegen den NPD-Fraktionsvorsitzenden befassen kann. Die Bundeswehr möchte ihm aufgrund diverser Verurteilungen wegen Volksverhetzung den Dienstgrad als Stabsunteroffizier der Reserve aberkennen. Sollte es tatsächlich dazu kommen, käme das dem Ausschluss aus der Bundeswehr gleich.

Beschlussempfehlung Europa- und Rechtsausschuss

Drucksache 6/4901



Foto (Landtag M-V)

Schulleiterin Roswitha Wenzlaff (r.) zeigt den Abgeordneten das Schulgelände.

Ausschüsse vor Ort

Bildungsausschuss besuchte Überregionales Förderzentrum für den Förderschwerpunkt SEHEN

Blind oder sehbehindert zu sein, benachteiligt die betroffenen Menschen ihr Leben lang. Während sehende Menschen ihre Orientierungen, Reaktionen und Vorstellungen zu über 80 Prozent über die Augen steuern, ist der sehgeschädigte Mensch auf die ihm verbliebenen Sinne angewiesen – Hören, Fühlen, Riechen und Schmecken. Am 9. Dezember besuchte der Bildungsausschuss das Überregionale Förderzentrum mit dem Förderschwerpunkt SEHEN in Neukloster, um sich einen Eindruck über die Lernbedingungen für die 120 blinden und sehbehinderten Schülerinnen und Schüler zu verschaffen.

Bei einem Rundgang stellte Schulleiterin Roswitha Wenzlaff den Schulkomplex vor, führte die Abgeordneten über das Außengelände und zeigte Klassen- und Internatsräume. Das Förderzentrum sei das einzige für den Förderschwerpunkt SEHEN im Land, informierte Wenzlaff. Daher würden an dieser Schule blinde und sehbehinderte Kinder aus ganz Mecklenburg-Vorpommern lernen, die aufgrund ihrer speziellen Situation nicht in einer Regelschule vor Ort beschult werden können. Gegenwärtig besuchten 120 Kinder und Jugendliche das Förderzentrum. Der Unterricht und die Stundentafeln für die Jahrgangsstufen 1 bis 10 würden den Rahmenrichtlinien des jeweiligen Bildungsganges folgen und zusätzlich die blinden- und sehbehindertenspezifische

Förderung der Schülerinnen und Schüler umfassen. Wichtig sei, mit der spezifischen Förderung von Sehgeschädigten möglichst frühzeitig zu beginnen, betonte Wenzlaff. Dann sei die Chance größer, durch Sehbehinderung oder Blindheit bedingte Entwicklungsbeeinträchtigungen günstig zu beeinflussen. Der Frühförderbereich des Förderzentrums umfasse einen Sonderkindergarten, den aktuell vier Kinder, und eine mobile überregionale Frühförderstelle, die derzeit 98 Kinder besuchen.

Die Einrichtung arbeite im Schulbereich als offene Ganztagschule und bilde mit dem Internat eine pädagogische Einheit. Zu den speziellen Förderangeboten für blinde und sehbehinderte Kinder und Jugendliche gehörten die stationäre und mobile Frühförderung, die Beratung und Betreuung im Gemeinsamen Unterricht, die Diagnostik, der Unterricht in lebenspraktischen Fertigkeiten und Orientierung/Mobilität sowie Low Vision.

Förderzentrum SEHEN Neukloster

Ihre Wurzeln hat die Schule in der 1864 gegründeten Großherzoglich-Mecklenburgischen Blindenanstalt. Aus dem Schulteil der ehemaligen Landesblindenanstalt wurde 1953 eine eigenständige Einrichtung als Sehschwachenschule. Seit 1990 können wieder blinde Kinder in die Schule aufgenommen werden, seit 1991 werden lernbehinderte blinde und sehbehinderte SchülerInnen und seit 1994 auch Schwerstmehrfachbehinderte unterrichtet. Ca. 60 Lehrer, Erzieher und Betreuer sowie eine Krankenschwester und eine Sozialpädagogin betreuen die Schüler. Schulträger ist seit 2012 der Landkreis Nordwestmecklenburg.

www.blindenschule-mv.de

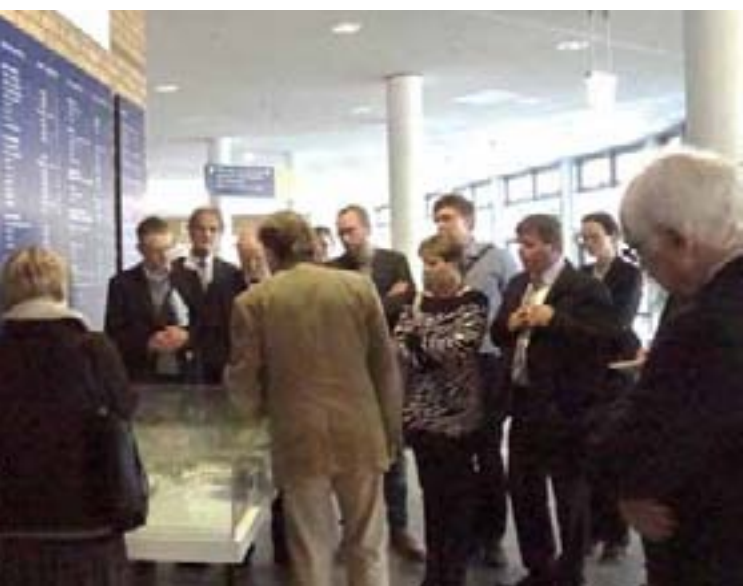
Finanzausschuss in Rostock und Greifswald

Auch 2016 setzt der Finanzausschuss seine Vor-Ort-Besuche fort, um sich ein eigenes Bild vom Einsatz der Gelder aus dem Landeshaushalt zu machen.

Am 18. Januar besuchten die Finanzpolitiker die Wasserschutzpolizeiinspektion Rostock und das Universitätsklinikum Greifswald.

In Rostock erfuhren die Abgeordneten, dass die sieben Wasserschutz-Polizeiinspektionen des Landes über vier Küstenstreifenboote mit je fünf Mann Besatzung, zehn Streifenboote mit je zwei Mann Besatzung, sechs Binnenstreifenboote sowie verschiedene Hilfsstreifenboote und Schlauchboote verfügen. Bei ihren Inspektionen kontrolliert die Wasserschutzpolizei die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften, insbesondere des Umweltrechts. Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt liegt in der wasserseitigen Sicherung von im Hafen liegenden Kreuzfahrtschiffen. Diese Absicherung diene letztlich der Terrorabwehr, da unterbunden wird, dass sich jemand unbemerkt dem Kreuzfahrtschiff nähert. Die Abgeordneten wurden ferner über die bis 2025 anstehenden Investitionsbedarfe informiert.

Im Universitätsklinikum Greifswald waren die Ausschussmitglieder besonders beeindruckt von der Vorführung einer Live-Untersuchung eines Patienten im Krankenhaus in Bergen via Telemedizin. Den Abgeordneten wurden die vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten der Telemedizin erläutert. Bei dem anschließenden Gespräch verdeutlichten die Vertreter des Vorstandes, dass die Universitätsmedizin neben der Krankenversorgung auch in Forschung und Lehre erfolgreich tätig und zudem ein großer Arbeitgeber ist. In den 21 Kliniken sind mehr als 3.500 Mitarbeiter beschäftigt. Zurzeit werden 1.378 Studenten der Humanmedizin und 527 Studenten der Zahnmedizin ausgebildet.



Der Finanzausschuss verschafft sich am Modell einen ersten Überblick über den Campus der Universitätsmedizin Greifswald.

Foto: Landtag M-V

Agrar- und Wirtschaftsausschuss auf der Grünen Woche

Vom 15. bis 24. Januar fand in Berlin zum 81. Mal die Internationale GRÜNE WOCHE statt – die weltweit bedeutendste internationale Ausstellung der Ernährungs- und Landwirtschaft sowie des Gartenbaus. Nahrungs- und Genussmittelproduzenten aus aller Welt nutzen die IGW als Absatz- und Testmarkt sowie zur Imagefestigung. Am 16. Januar besuchten Mitglieder des Wirtschafts- sowie des Agrarausschusses die Länderhalle M-V.

Seit Jahren präsentieren sich die Aussteller aus Mecklenburg-Vorpommern mit Unterstützung des Agrarministeriums in einer gemeinsamen Ausstellungshalle. Diese zählte 2016 wieder weit über 200.000 Besucher und war damit erneut eine der beliebtesten Länderhallen.

Bei ihrem Rundgang führten die für die Ernährungswirtschaft zuständigen Landespolitiker Gespräche mit zahlreichen Unternehmen der Ernährungswirtschaft – u.a. der Störtebeker Braumanufaktur Stralsund, der Rügener Inselfrische Molkerei – Naturprodukt GmbH Poseritz, dem Fischverarbeiter „Seeperle“ Wismar, der Rostocker Schinken und Wurstspezialitäten GmbH, der Hinricus Noyte's Spirituosen GmbH Wismar sowie der Gemeinnützigen Werk- und Wohnstätten GmbH Pasewalk. Die Betriebe präsentieren auf der Grünen Woche vor allem auch neue Produkte und innovative Geschäftsideen, um sich am Markt zu behaupten und neue Absatzmöglichkeiten zu erschließen. Immer stärker nehmen die Unternehmen dabei diejenigen Verbraucherinnen und Verbraucher in den Fokus, die sich bewusst ernähren und dabei auf Genuss nicht verzichten wollen. Zugleich geht es darum, regionale Kreisläufe zu schaffen und zu stärken und damit auch zur Identifikation der Verbraucher mit ihrer Region beizutragen. Mit ihrer Leistungs- und Innovationskraft werben die Betriebe nicht nur für die Land- und Ernährungswirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern, sondern auch für das Tourismusland M-V.



Die Wirtschafts- und Agrarpolitiker des Landtages bei ihrem Rundgang durch die Länderhalle von Mecklenburg-Vorpommern.

Foto: Gerd Rinas (Bauernzeitung)

Dauerbaustelle Schloss?

Interview mit Landtagspräsidentin
Sylvia Bretschneider zum Baugeschehen 2016

Mit dem Einzug des Landtages in das Schweriner Schloss 1990 begann die grundlegende Sanierung des Gebäudes. Das Schloss soll in seinem Äußeren wieder dem Vorbild von 1857 gleichen. Ein Schwerpunkt der Sanierung war die Stabilisierung der Fundamente. Zudem wurden Dächer und Fassaden inzwischen fast vollständig restauriert. Insgesamt wurden seit 1990 rund 130 Millionen Euro investiert, um das Schloss für Touristen und Einheimische zu erhalten. Wichtigste Baustelle jetzt ist der neue Plenarsaal. Darüber und über die weiteren Bauvorhaben in diesem Jahr sprachen die LandtagsNachrichten mit Parlamentspräsidentin und Hausherrin Sylvia Bretschneider.

Ein Schloss ohne Baugerüste haben wir das letzte Mal zur BUGA 2009 gesehen. Zurzeit stehen Baugerüste am Schlossgartenflügel, ein ca. 60 Meter hoher Baukran überragt seit Monaten das Gebäude, Ende 2015 war der Niklot verhüllt – bleibt das Schloss eine Dauerbaustelle?

In gewisser Weise ja. Die Grundinstandsetzung der äußeren Gebäudehülle ist weitgehend abgeschlossen. Aber darauf können wir uns nicht ausruhen. Wie bei jedem Haus müssen wir uns um die laufende Instandhaltung kümmern. Zwar sind fast alle Fassaden grundlegend restauriert, aber natürlich müssen wir sie regelmäßig unter die Lupe nehmen und, wenn nötig, Risse schließen, Putz ausbessern sowie Fassaden und Fenster neu streichen. Das passiert zum Beispiel in diesem Jahr am Schlossgartenflügel.

Und wie sieht es im Inneren aus?

Auch hier ist viel geschafft. Bei den historischen Räumen des Schlossmuseums denke ich an die frühere Waffenkammer Hofdornitz, die nach der sehr aufwändigen Teilsanierung seit 2007 wieder besichtigt werden kann. Der Eingangsbereich zum Schlossmuseum wurde zur BUGA komplett neu gestaltet, es gibt den schönen Museumsshop, ein neuer Fahrstuhl im Schlossgartenflügel steht seit 2005 Museumsbesuchern zur Verfügung. Im vergangenen Jahr wurde die wunderschöne Silberkammer frisch restauriert wieder geöffnet. Ein ganz wichtiger Meilenstein war die Sanierung der Schlosskirche, die seit Pfingsten 2013 wieder in neuem Glanz erstrahlt. Im Landtagsbereich haben wir 2013 mit der Sanierung des Schlossgartenflügels begonnen. Im Zuge dieser Maßnahme entsteht im Bereich des früheren Festsaals unser neuer Plenarsaal. Aber bei über 600 Räumen im Schloss ist klar – auch im Inneren bleibt viel zu tun.



Foto: Landtag M-V

Das Reiterstandbild Niklot wird jährlich inspiziert und ausgebessert.

Stichwort neuer Plenarsaal. Bei der Entkernung des ehemaligen Festsaals mussten rund 250 Tonnen Stahlbeton ausgebaut und abtransportiert werden. Davon hat die Öffentlichkeit kaum etwas mitbekommen. Wie haben Sie das geschafft?

Das war wirklich eine Meisterleistung der beauftragten Planer und Firmen. Mittels einer wassergekühlten Kettensäge haben die Bauleute den Beton in transportable Elemente zerlegt. Die Blöcke wurden dann über einen Aufzug nach unten befördert und abtransportiert. Ich habe Hochachtung vor den Bauarbeitern, denn trotz aller Technik war das Knochenarbeit! Da das Sägeverfahren sehr geräuscharm war, hielt sich die Lärmbelästigung in Grenzen, und die Arbeiten mussten auch nicht für parlamentarische Veranstaltungen unterbrochen werden.

Wie geht der Plenarsaal-Bau in diesem Jahr weiter? Werden auch davon die Nutzer und die Besucher des Schlosses so wenig mitbekommen wie bisher?

Ganz so unbemerkt wird es nicht gehen. In diesem Jahr beginnen wir mit der zentralen Erschließung für den gesamten neuen Plenarbereich. Das passiert im Bereich der Roten Marmortreppe und der Lobby. Wir bauen ein neues Treppenhaus und einen Aufzug, um den Zugang für die Besuchertribünen im 4. Obergeschoss zu schaffen. Das muss man sich wie eine Art „Bypass“ zur Roten Marmortreppe vorstellen. In diesem Zuge werden hier auch neue Toilettenanlagen eingebaut. Die Abbrucharbeiten haben Mitte Januar begonnen. Eine vorsorgliche Lärmprobe im Dezember hat gezeigt, dass dies nicht bei laufendem Geschäftsgang erfolgen kann. Deshalb müssen einige Arbeiten in den Abendstunden, nachts und an Wochenenden stattfinden. Mitarbeiter des Landtages und der Fraktionen, die von diesem Lärm betroffen sind, ziehen für die Bauzeit um. Parallel zu den Erschließungsarbeiten findet der Ausbau des neuen Plenarsaals statt. Spannend wird die Bemusterung und Auswahl der Ausstattung.

Wann soll der neue Plenarsaal fertig sein?

Wenn alles planmäßig läuft, wollen wir 2017 im neuen Plenarsaal tagen.



Im 6. Obergeschoss über dem neuen Plenarsaal wurden Fußboden und Decke statisch und brandschutztechnisch erneuert.

Foto: Cornelius Kettler

Was wird aus dem jetzigen Plenarsaal?

Wenn der neue Plenarsaal fertig ist, sollen dort ein Tagungsbereich sowie die neuen Räumlichkeiten der Landespresskonferenz entstehen.

Am 4. September wird ein neuer Landtag gewählt. Die Konstituierung und die Wahl des Ministerpräsidenten fallen in die Schlussphase des Plenarsaalbaus. Der neue Plenarsaal ist noch nicht fertig, rund um den alten wird auch gebaut. Wissen Sie schon, wie dieses Nebeneinander funktionieren kann?

Das wurde natürlich bei der Bauablaufplanung berücksichtigt. Im Moment gehe ich davon aus, dass wir zumindest die ersten beiden Sitzungen des neuen Parlaments – die Konstituierung des Landtages Anfang Oktober und die Wahl des Ministerpräsidenten im November – nicht im Schloss durchführen können. Wir prüfen zurzeit Alternativen in Schwerin.

Die sensationellen Funde der Archäologen bei ihren Ausgrabungen im Innenhof haben im vergangenen Jahr den Blick der Öffentlichkeit auf diesem Schlossbereich gelenkt. Wann wird es hier endlich wieder Konzerte und Theateraufführungen geben?

Das braucht noch etwas Geduld. Die neue Kabeltrasse ist zwar fertig, und im Dezember wurde der Hof provisorisch

gepflastert. Aber auch hier soll der Zustand von 1857 mit der einstigen Musterung wieder hergestellt werden. Die Planungen dafür erfolgen in diesem Jahr, sodass 2017 gepflastert werden kann. Außerdem steht die Sanierung der Obotritentreppe auf dem Programm, und auch die Innenhof-Fassade des Schlosskirchenflügels ist noch nicht fertig. Aber trotzdem wollen wir den Innenhof im Rahmen des Möglichen für besondere Veranstaltungen öffnen. Natürlich an unserem „Tag der offenen Tür“, aber zum Beispiel auch für das Wandelkonzert durch das Residenzensemble, das die Festspiele Mecklenburg-Vorpommern am 2. Juli planen, und im Rahmen des Schweriner Gartensommers bei der Veranstaltung „Schlossgartenlust“ am 3. September.

Das Schlossfest im vergangenen Jahr hat Tausende begeistert. Gibt es dieses dreitägige Fest auch in diesem Jahr?

Ja! Und zwar vom 17. bis 19. Juni. Am Freitag- und am Samstag-Abend gibt es am Schloss wieder das phantastische Lichtspektakel „Son et Lumière“. Am Sonnabend lebt dann beim historischen Schlossfest das höfische Treiben des 19. Jahrhunderts wieder auf, und am Sonntag lädt der Landtag zu seinem traditionellen „Tag der offenen Tür“ ein. Ich bin sicher – die Stadt Schwerin, der Schlossverein und der Landtag werden wieder ein tolles Fest auf die Beine stellen.



Das gibt's nur einmal im Jahr: 150 Königinnen und Könige erobern den Plenarsaal.

Fotos: Angelika Lindenbeck

„Respekt – für dich, für mich, für andere“

Sternsinger aus ganz M-V wieder im Landtag zu Gast

Volles Haus im Plenarsaal: Zum traditionellen Sternsinger-Empfang des Landtages kamen am 12. Januar rund 150 Mädchen und Jungen aus ganz Mecklenburg-Vorpommern ins Schweriner Schloss. Dafür hatten sie sich noch einmal als die Heiligen drei Könige kostümiert, als die sie in ihren Städten und Dörfern Geld für Kinderhilfsprojekte gesammelt hatten.

In diesem Jahr stand die Aktion Dreikönigssingen unter dem Motto „Respekt – für dich, für mich, für andere“. „Das ist ein sehr gutes und sehr wichtiges Motto!“, sagte Sylvia Bretschneider in ihrer Begrüßung und betonte: „Jeder Mensch hat Respekt verdient. Egal, ob er ein Kind oder ein Erwachsener ist, ein Mädchen oder ein Junge, ob er in Deutschland geboren wurde, ob er in Afrika oder Südamerika lebt oder ob er aus seinem Heimatland zu uns geflohen ist.“ Sie ermunterte die Sternsinger, an die Kraft der Kinder zu glauben, im respektvollen Umgang miteinander ein gutes Beispiel auch für die Erwachsenen zu sein. Lob und Anerkennung gab es auch von den Vertretern der Kirchen, Domkapitular Horst Eberlein, Pfarrer der katholischen Propsteigemeinde St. Anna in Schwerin, und Probst Holger Marquardt, Pastor der evangelischen Schweriner Schlosskirche.



Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider begrüßte die Kinder im Plenarsaal.



Das Kranewit-Theater Berlin zeigte den Märchenklassiker „Hänsel und Gretel“.



Es ist toll, mal auf den Plätzen der Abgeordneten zu sitzen!



Die Kinder von der Katholischen Kirchengemeinde Salvator in Anklam sagten für alle noch einmal den Segensspruch auf.



In diesem Jahr sammelten die Sternsinger Geld für die Unterstützung von Kindern im Beispielland Bolivien.

Viel Spaß hatten die Sternsinger bei dem Figurentheater „Hänsel und Gretel“ vom Kranewitt-Theater Berlin. Ein Mittagessen im Schlosscafé und der Rundgang durch die historischen Räume des Schlossmuseums rundeten das Programm ab.

Tip



Ein Video vom Sternsinger-Empfang gibt es auf unserem YouTube-Kanal. www.landtag-mv.de

wählen gehen

Landtagswahl am 4. September

Am 4. September wird ein neuer Landtag gewählt. Die Wählerinnen und Wähler bestimmen, wer in den kommenden fünf Jahren für sie Politik in Schweriner Schloss macht. Mit unserer Serie wollen wir wichtige Fakten zur Wahl erklären.

Teil 1: Wahlgrundsätze

Wahlen sind in einer repräsentativen Demokratie ein wichtiges Instrument für die Bürgerinnen und Bürger, an der politischen Willensbildung teilzuhaben. Mit zwei Kreuzchen kann man Einfluss auf das politische Kräfteverhältnis im Landtag und in der Landesregierung nehmen und so über Politikinhalt mitbestimmen. Die Landtagsabgeordneten werden in einer allgemeinen, freien, gleichen, geheimen und unmittelbaren Abstimmung gewählt.

Allgemein bedeutet, dass grundsätzlich jeder Bürger wahlberechtigt und wählbar ist, der die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt. Dazu gehört bei der Landtagswahl, dass er das 18. Lebensjahr vollendet hat, die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt und am Wahltag seit mindestens drei Monaten in Mecklenburg-Vorpommern seinen Hauptwohnsitz hat.

Frei bedeutet, dass niemand zum Wählen gezwungen werden kann. Es gibt keine Wahlpflicht. Außerdem darf auf die Wähler kein Druck ausgeübt werden, für eine bestimmte Partei zu stimmen.

Gleich heißt, dass alle Wähler die gleiche Anzahl Stimmen abgeben können und dass jede Stimme gleich viel wert ist.

Geheim bedeutet, dass sichergestellt werden muss, dass die Wähler ihre Stimme unbeobachtet abgeben können und auch hinterher niemand erfährt, für wen sie gestimmt haben.

Unmittelbar heißt, dass die Wähler die Kandidaten direkt wählen. Sie wählen also kein Zwischengremium, das dann die eigentliche Wahl vornimmt.

Foto: Landtag M-V



Foto: Uwe Sinnecker



Foto: Landtag M-V



Am 18. Januar begrüßte Vizepräsidentin Silke Gajek den Botschafter des Königreichs Dänemark, S.E. Friis Arne Petersen, im Schweriner Schloss. Begleitet wurde der Gast von Arno Pöker, früherer Rostocker Bürgermeister und jetzt für Mecklenburg-Vorpommern zuständiger Honorarkonsul des skandinavischen Landes. Silke Gajek und Friis Arne Petersen tauschten sich unter anderem zur Zusammenarbeit im Ostseeraum, der Arbeit der Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“, landwirtschaftlichen Fragen sowie zur aktuellen Flüchtlingspolitik aus.

Im Rahmen der Weihnachtsfeier des Landtages übergab Parlamentspräsidentin Sylvia Bretschneider Demokratie-Aktien an drei weitere Unterstützer der-Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“: die Stadtwerke Schwerin (1000 Euro), die Stadtwerke Rostock (1000 Euro) sowie Karl's Markt OHG (500 Euro). Das landesweite Bündnis unterstützt Projekte für Demokratie und Toleranz in Mecklenburg-Vorpommern. (v.l. Sylvia Bretschneider und Martin Scriba von der WIR-Initiative überreichen die Demokratie-Aktie an Robert Dahl, Geschäftsführer der Karl's Markt OHG)

Die Weihnachtsfeier nutzten Mitglieder des Vereins der ehemaligen Abgeordneten, um an den Ort ihres früheren politischen Wirkens zurückzukehren, einstige Kolleginnen und Kollegen zu treffen sowie mit den Vertretern der demokratischen Öffentlichkeit ins Gespräch zu kommen. Am Nachmittag hatten sie sich zudem ein Bild von den Bauarbeiten am neuen Plenarsaal gemacht.

Am 17. Dezember hatte der Landtag zu seiner traditionellen Weihnachtsfeier eingeladen. Zum Auftakt erlebten die rund 300 Gäste – jetzige und ehemalige Abgeordnete, Vertreter von Vereinen und Verbänden sowie Mitarbeiter des Landtages und der Fraktionen – in der Schlosskirche ein großartiges Konzert des Jugendchores Mecklenburg-Vorpommern mit Solisten von der Hochschule für Musik und Theater Rostock. Der anschließende Weihnachtsmarkt im Schloss-Innenhof bot die Möglichkeit für Begegnungen und Gespräche jenseits der Alltagshektik. Traditionell spendet der Landtag die Einnahmen seines Weihnachtsfestes für einen gemeinnützigen Zweck. Diesmal geht der Erlös von rund 2300 Euro an die Telefonseelsorge M-V.



Foto: Uwe Sinnecker

